



Protokoll

der 48. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 15. Januar 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:

Claudio Miozzari, Grossratspräsident

Protokoll:

Beat Flury, I. Ratssekretär

Sabine Canton, II. Ratssekretärin

Kathrin Lütscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende:

Jo Vergeat (GAB), Leoni Bolz (SP), Daniela Stumpf (SVP), Edibe Gölgeli (SP),

Fleur Weibel (GAB), Olivier Battaglia (LDP).

Verhandlungsgegenstände:

10.	Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit.....	2
21.1.	Interpellation Nr. 153 Adrian Iselin betreffend Zukunft der Studios SRF im Meret Oppenheim-Haus in Basel	13
21.2.	Interpellation Nr. 154 Silvia Schweizer betreffend Schutz vor K.O.-Tropfen: Dringende Massnahmen für sichere (Gross)anlässe in Basel	14
21.3.	Interpellation Nr. 155 Jennifer Schmid betreffend immer mehr Drohnen fliegen über Basel	15
21.4.	Interpellation Nr. 156 Lisa Mathys betreffend Kulturwandel und Vorbildsfunktion der neuen Polizeileitung	16
21.5.	Interpellation Nr. 157 Luca Urgese betreffend Schluss mit dem App-Wildwuchs im öffentlichen Verkehr!	18
11.	Ausgabenbewilligung zur Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung des Stadtraum-Umgestaltungspotenzials durch Nutzung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau, Bericht der UVEK....	18
11.1.	Motion der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend der Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung des Stadtraum-Umgestaltungspotenzials durch Nutzung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau, Bericht der UVEK.....	22
12.	Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug" - Fristverlängerung, Bericht der WAK.....	23
13.	Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisierung für den Vollausbau des Restaurant Kaserne Kasernenhof 6, 4058 Basel, Bericht der BRK	23

**Beginn der 48. Sitzung**

Mittwoch, 15. Januar 2025, 15:00 Uhr

10. Kantonale Volksinitiative "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt", Bericht der UVEK sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[15.01.25 15:00:11, 22.0979.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher, ich begrüsse Sie zu unserer Nachmittagssitzung. Wir sind stehen geblieben in Traktandum 10. Kantonale Volksinitiative «Sichere Velorouten in Basel-Stadt» und da sind wir in der Eintretensdebatte bei den Fraktionsvoten. Der nächste auf der Liste steht bereit, es ist Lukas Bollack für die GLP.

Lukas Bollack (GLP): Die Initiative für sichere Velorouten bringt aus Sicht der Grünlberalen wichtige Forderungen auf den Tisch. Die Veloinfrastruktur soll sicherer und komfortabler sein und ein zusammenhängendes Netz bilden, das die Quartiere und das Stadtzentrum miteinander verbindet. Kreuzungssituationen sollen entflochten und sicher gemacht werden und das Ganze soll natürlich auch finanziert sein. Diese Anliegen teilen wir Grünlberalen mit dem Initiativkomitee.

Bis 2037 soll unser Kanton CO₂-neutral werden. Dazu soll das Volumen des MIV um ein Drittel reduziert werden. Bis 2050 muss der gesamte Verkehr in Basel emissionsarm, klima- und ressourcenschonend abgewickelt werden. Das geht nicht ohne Förderung der aktiven Mobilität, also Fuss- und Veloverkehr. Wir bringen nicht mehr Leute aufs Velo, wenn wir unsere Infrastruktur nicht zusammenhängend, durchgehend attraktiv und sicher gestalten, denn viele Leute steigen heute nicht aufs Velo, weil sie sich auf der angebotenen Infrastruktur nicht sicher genug fühlen oder mit gewissen Kreuzungssituationen überfordert sind. Es geht also nicht nur darum, dass die Infrastruktur den Anforderungen der heute schon Velofahrenden genügt und die heute stattfindenden Unfälle reduziert, sondern explizit auch darum, die Anforderung derer, die sich heute noch nicht aufs Velo trauen, zu erfüllen. Unser Grundsatz muss deshalb das Prinzip 8 bis 80 sein. Die Veloinfrastruktur soll also sicher und komfortabel genug sein, damit auch ein 8-jähriges Kind oder eine 80-jährige Seniorin sie komfortabel nutzen können.

Bei der konkreten Initiative können wir Grünlberalen aber nicht mitgehen. Die Initiative schreibt aus unserer Sicht viel zu detaillierte Vorgaben zur Gestaltung der Veloinfrastruktur auf Gesetzes- respektive Verordnungsstufe fest. Das ist nicht stufengerecht und erlaubt es nicht mehr, bei konkreten Projekten, wo oftmals nicht genug Platz vorhanden ist, um alle Anforderungen zu 100 Prozent zu erfüllen, die nötige Güterabwägung vorzunehmen. Zudem ist die Initiative unformuliert, der Grosse Rat müsste also erst eine Vorlage ausarbeiten und bis zum Inkrafttreten einer entsprechenden Bestimmung würde es mindestens zwei Jahre dauern. Wir Grünlberalen freuen uns deshalb, dass die Regierung einen Gegenvorschlag formuliert hat, der bei Annahme zeitnah umgesetzt werden könnte. Die schlanke Umsetzung mit einer Ergänzung im Umweltschutzgesetz sowie der Auslagerung der Qualitätsanforderungen in eine behördenverbindliche Planungshilfe finden wir sinnvoll.

Wir finden es aber auch wichtig und richtig, dass die UVEK-Mehrheit den Gegenvorschlag der Regierung im Umweltschutzgesetz um einige zentrale Anliegen der Initiative ergänzt hat. Namentlich die Berücksichtigung der besonderen Schutzwürdigkeit des Aktivverkehrs, die Ergänzung der Velovorzugsrouten mit den beiden untergeordneten Netzebenen Haupt- und Nebenverbindungen, die Festschreibung der Qualitätsmerkmale durchgehend, sicher, direkt und attraktiv für das Velowegnetz sowie das Ergreifen von Sofortmassnahmen, zur zeitnahen Behebung von Gefahrenstellen. Zudem sollen die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden, um neben den Velovorzugsrouten auch die Haupt- und Nebenverbindungen zügig umzusetzen. Die Ergänzungen der UVEK-Mehrheit wurden bewusst so gehalten, dass gleichzeitig die Anliegen der Initiative in einer machbaren und pragmatischen Form aufgenommen, der Regierung aber auch keine unlösbaren Aufgaben aufgebürdet und die Vorgaben des Veloweggesetzes des Bundes zeitnah umgesetzt werden können.

Wir Grünlberalen werden deshalb für die Verabschiedung des vorliegenden Beschlusses ohne weitere Änderungen stimmen und bitten Sie, es uns gleich zu tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SVP ist Pascal Messerli.



Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion lehnt sowohl die Initiative wie auch sämtliche existierende Gegenvorschlagsvarianten entschieden ab. Wir beraten heute nach den beiden Stadtclimainitiativen schon die dritte autofeindliche Initiative innerhalb von eineinhalb Jahren und wir beraten leider auch schon den dritten autofeindlichen Gegenvorschlag, der ursprünglich im Bau- und Verkehrsdepartement kreiert wurde unter der Leitung einer stramm linken Regierungsrätin. Die UVEK hat den Gegenvorschlag dann noch stärker konkretisiert, dass er aus Sicht der SVP erst recht zur Ablehnung empfohlen werden muss.

Aus Sicht der SVP ist es klar, dass dieser Gegenvorschlag, in welcher Form auch immer, inhaltlich relativ nahe an der Initiative ist und dass man hier dem Initiativkomitee diesen Gegenvorschlag auf dem Silbertablett serviert. Sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag beabsichtigen unter dem Deckmantel für sichere Velorouten, dass weitere tausende von Parkplätzen abgeschafft werden. Und was mich in dieser Debatte und auch die SVP-Fraktion immer am meisten stört, ist diese Intransparenz sowohl von der Regierung, aber auch von den politischen Mehrheiten.

Geschätzte Kommissionsmehrheit, geschätzte Fraktionssprecher von GAB, GLP und SP, geschätzte Regierungsrätin Keller, wenn Sie solche Vorlagen kreieren oder unterstützen, dann sagen Sie doch einfach auch mal den Menschen konkret, und zwar von Anfang an konkret, was Sie genau wollen und nicht erst im Rekursverfahren. Sagen Sie doch den Menschen konkret, in der Bäumlihofstrasse, in der Wanderstrasse, in der Hardstrasse, im Hegenheimerquartier, dass Sie die Parkplätze vor ihrem Haus weghaben wollen. Sagen Sie das denen konkret und nicht erst im Rekursverfahren. Sagen Sie dem Kleingewerbler XY, dass er seine Kunden nicht mehr anliefern und bedienen darf und auch nicht mehr empfangen darf und er hält Umsatzeinbussen erleiden und erdulden muss. Sagen Sie das denen und nicht erst im Rekursverfahren, wo Sie dann sowieso alles schriftlich und völlig unbegründet dann wieder ablehnen. Das ist nicht der ehrliche und demokratische Weg. Am Anfang sagen Sie dann immer, ja, wir wollen hier etwas ganz Grundsätzliches und am Schluss hat dann die Bevölkerung die Suppe auszulöffeln.

Die SVP-Fraktion stellt sich schon seit Jahren auf den Standpunkt, dass es in der Verkehrspolitik ein Miteinander braucht und dieses Miteinander wird mit dieser Initiative ein weiteres Mal von linker Seite in Frage gestellt. Es ist klar, dass es verschiedene Mobilitätsformen gibt, die berücksichtigt werden müssen, und mit dieser Initiative und mit dem Gegenvorschlag zieht sowohl das Gewerbe, der öffentliche Verkehr, der Fussverkehr als auch der Individualverkehr massiv den kürzeren. Basel ist engräumig und der Boden ist knapp und da versteht es sich ja von selbst, dass wenn man bei einem derartigen Rundumpaket für Velofahrer dann anderen etwas wegnehmen muss, beispielsweise Flächen für den öffentlichen Verkehr oder für den Fussverkehr. Diese Einseitigkeit ist nicht zielführend und schiesst massiv über das Ziel hinaus.

Lassen Sie mich noch ein paar Punkte ausführen zum Bundesrecht. Es wird jetzt immer so getan, als ob diese Initiative und der Gegenvorschlag benötigt wird, damit wir überhaupt als Kanton bündesrechtskompatibel sind. Sie können das von der Regierungsseite und von der Mehrheitsseite der UVEK auch noch 100-mal behaupten, es wird nicht wahrer. Es gibt keine Bundeskompetenz, welche den Kantonen vorschreibt, dass man eine autofeindliche Politik betreiben muss. Diese Bundeskompetenz existiert nicht, Sie können es noch 100-mal behaupten. Was stimmt, ist, dass es ein neues Veloweggesetz gibt, ja, dieses lässt den Kantonen aber einen sehr breiten Handlungsspielraum zu, insbesondere in einzelne Situationen oder in einzelnen Strassenzügen, dort hat der Kanton Autonomie und kann selbstverständlich sämtliche Zielgruppen auch berücksichtigen. Und so soll es ja auch sein. Wenn es einen Strassenabschnitt gibt, wo es Sinn macht, Velowege qualitativ aufzuwerten oder gefährliche Situation zu entschärfen, da ist auch die SVP selbstverständlich dafür. Aber sowohl die Initiative wie auch der Gegenvorschlag wollen ja gerade einen Absolutismus schaffen und er soll einseitig lediglich die Ansprüche der Velofahrer berücksichtigen.

Frau Regierungsrätin Keller, wenn Sie jetzt heute etwas harmlos die Initiative kritisiert haben und gesagt haben, das geht viel zu weit, weil man dann situativ im Einzelfall nicht mehr schauen kann. Sie machen ja mit Ihrem Gegenvorschlag genau das gleiche, wenn Sie diese Zahl 40 ins Gesetz schreiben wollen und dann anschliessend sämtliche Rekurse noch unbegründeter und einfach abwimmeln zu können. Das ist genau die gleiche Form, einfach etwas in einer anderen schlankeren Version, zugegeben, aber der Gegenvorschlag sowohl vom Regierungsrat wie auch von der UVEK-Mehrheit ist sehr nahe an der Initiative, er wird in Zukunft dafür sorgen, dass einseitig nur der Velofahrer berücksichtigt wird und dass situative Möglichkeiten gar nicht mehr abgewogen werden können.

Das ist das Problem an dieser Initiative und deshalb lehnen wir diesen Absolutismus ab und empfehlen, sowohl die Initiative wie auch den Gegenvorschlag zur Ablehnung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Jean-Luc Perret für die SP.

Jean-Luc Perret (SP): Viele Menschen in Basel wünschen sich eine sichere und gut ausgebauten Veloinfrastruktur und oft fühlen sie sich auf dem Velo unsicher und das bestimmt auch mit gutem Grund, denn ein Blick auf die Statistik zeigt, dass das Risiko, als Velofahrerin oder als Fussgänger in einen Unfall verwickelt zu werden, deutlich höher ist als für Menschen im



Auto oder im Tram. Und auch wenn wir hier in Basel ja grundsätzlich sicher unterwegs sind, bleibt diese Sorge berechtigt. Die Initiative war deshalb bestimmt kein Zufall, sondern vielleicht sogar notwendig. Gleichzeitig wächst auch der Veloverkehr in Basel seit Jahren stetig und das ist auch eine Chance und ich persönlich sehe unsere Stadt in Zukunft nicht mehr als Autostadt, sondern als Stadt der aktiven Mobilität und viele kurze Autofahrten sind schlicht unnötig. Dieses Potenzial sollten wir Nutzen für das Klima, für die Lebensqualität und natürlich auch für unser Netto-Null-Ziel.

Der Gegenvorschlag, den uns der Regierungsrat vorgelegt hat, nahm diese Herausforderungen auf, blieb jedoch aus unserer, und damit meine ich die UVEK-Mehrheit, zu der ich gehöre, aus unserer Sicht zu eng gefasst. Er konzentrierte sich ausschließlich auf die neuen Velovorzugsrouten. Diese sind zweifellos wichtig, insbesondere für den Pendlerverkehr und für längere Strecken, doch sie allein reichen nicht aus, um das Sicherheitsempfinden und die Attraktivität des Veloverkehrs nachhaltig zu verbessern. Ein Netz, das funktioniert, muss ganzheitlich gedacht werden, nicht nur mit Velovorzugsrouten, sondern auch mit sicheren Haupt- und Nebenverbindungen. Die UVEK-Mehrheit will daher das gesamte Netz gesetzlich verankern, um ein durchgängiges und sicheres Angebot für alle Velofahrerinnen und Velofahrer zu schaffen.

Ein wichtiger Unterschied betrifft auch die Prioritäten in der Umsetzung. Während der Regierungsrat die Velovorzugsrouten klar priorisierte, möchte die UVEK-Mehrheit parallel dazu auch Lücken im Haupt- und Nebenroutennetz schließen. Nur so können Velofahrende ihre Wege sicher und direkt planen, von ihrem Startpunkt bis zum Ziel. Für diesen Ausbau fordern wir zusätzliche Ressourcen, um sicherzustellen, dass bis zur Umsetzung nicht entscheidende Jahre verloren gehen. Das nationale Veloweggesetz gibt uns bis 2042 Zeit. Basel kann und sollte schneller sein.

Ein weiterer Punkt ist die Qualität der Veloinfrastruktur. Die Initiative setzt grosse Hoffnungen auf Standards, die garantieren, dass Velowege ausreichend breit und Kreuzungen sicher sind. Die UVEK-Mehrheit sieht dies genauso und möchte, dass diese Standards gesetzlich verankert werden. Die letzte Jahr veröffentlichte praktische Hilfe des Bundes kann und soll dafür eine wichtige Grundlage bilden. Kinder, ältere Menschen und Velopendler sollten sich gleichermaßen sicher fühlen, auf jeder Strecke und zu jeder Zeit.

Auch Sofortmassnahmen sind ein zentraler Bestandteil unseres Vorschlags. Der Regierungsrat zieht in seinem Gegenvorschlag zwar die Bildung einer Umsetzungsgruppe vor, doch wir wollen betriebliche und bauliche Verbesserungen verbindlich im Gesetz verankern, wie zum Beispiel bessere Signalisation oder kleinere Anpassungen an gefährlichen Stellen. Solche Massnahmen sind schnell umsetzbar und haben ein hervorragendes Kosten-Nutzenverhältnis. Sie sorgen für spürbare Sicherheit, auch bevor die grossen Projekte realisiert sind.

Die UVEK-Mehrheit ist überzeugt, dass wir mit diesem Gegenvorschlag die Anliegen der Initiative aufgreifen und in eine umsetzbare Form bringen. Gleichzeitig verhindern wir Verzögerungen, wie sie bei einer Annahme der Initiative entstehen würden, da dann erst ein Gesetzesentwurf erarbeitet werden müsste. In der Abstimmung wird die SP-Fraktion aber nicht nur den Gegenvorschlag unterstützen, sondern auch die Initiative zur Annahme empfehlen. Dies ist so zu verstehen, dass wir dann am Ende doch lieber die Initiative hätten als gar nichts.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die FDP ist Beat Braun.

Beat Braun-Gallacchi (FDP): Ich rede hier für die LDP und die FDP. Sie haben den Minderheitenbericht schon ausführlich von Daniel Hettich gehört und Daniel Hettich ist ein ganz bekannter Elektrovelofahrer, ein überzeugter Velofahrer. Ich fahre auch immer Velo, ich finde die Vorzugsroute super, ich finde, die Sicherheit müssen wir erhöhen und trotzdem, ich muss meine Interessensbindung da noch kundtun, ich bin in der Politischen Begleitgruppe Velo vom Grossen Rat, trotzdem bin ich da in der Minderheit. Und das hat einfach den Grund, weil in der Initiative und im Gegenvorschlag steht einfach Velo, Velo, Velo, es geht um das Velo, aber so macht man keine Verkehrsplanung. In der ganzen Stadt gibt es auch noch den MIV und den ÖV und die Behinderten und Blaulicht und das muss man anschauen, was das für Auswirkungen hat. Diese Auswirkungen kommen 0,5 Prozent vielleicht im Bericht vor und das ist viel zu wenig. Man weiss nicht, was das alles für andere Auswirkungen hat.

Das ist wirklich eine ideologische Velo-Initiative, die schön in der Theorie ist, aber in der Praxis brauchen wir da mehr Realitätssinn und auch Pragmatismus. Und auch in der Initiative, ich meine, mit diesen Normen, die da gesetzt werden, das kann man vielleicht in Kopenhagen oder Paris umsetzen, wo die Straßen breit sind. Es ist auch interessant, wenn man auf Google Maps geht und diese Velo-Städte anschaut, das wird dort super umgesetzt, aber in Basel mit den engen Plätzen, die wir haben, und engen Straßen funktioniert das nicht. Das gibt wirklich extreme Auswirkungen auf die anderen Verkehrsteilnehmenden.

Darum sind wir überzeugt, dass wir eine umfassende Verkehrsplanung brauchen und lehnen die einseitige Initiative und auch den Gegenvorschlag ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Franz-Xaver Leonhardt für die Mitte-EVP.



Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Es ist schwierig, nach meinem geliebten Kommissionsmitglied Beat Braun zu sprechen. Wir waren sehr lange immer einig, aber bei diesem sind wir nicht einig, das ist meine persönliche Meinung, aber ich halte hier auch ein Votum als Mitte-EVP-Fraktion. Wie Sie wissen, in diesen Velo-Themen sind wir traditionell nicht gleicher Meinung und darum haben wir auch ein Offen. Sie kennen vielleicht noch Markus Lehmann und Helen Schai, das sind so die Exponenten auf jeder Velo-Seite, dafür und mehr das Auto, so ist es auch in unserer Fraktion. Von dem her sind wir offen und wir stimmen frei ab.

Ich selber bin aber in der UVEK-Mehrheit und ich habe mich schwer getan mit dieser Vorlage. Weil, wie vielfach gesagt wurde, die Initiative ist sehr velofokussiert, auch unglaublich detailliert und diese Forderungen, die in dieser Initiative sind, sind einfach zu einschränkend. Der Regierungsrat hat dann einen Gegenvorschlag gemacht und entgegen Beat Braun, ja, es war eine Initiative hier und nicht ein Gesamtpaket für den Verkehr, also der Gegenvorschlag hat nur die Initiative zum Thema und ich denke, der Regierungsrat hat doch eine gute Arbeit geleistet, weil das Velo ein sehr populäres Fortbewegungsmittel ist. Ich glaube, die Zahlen in der Stadt Basel und Region vor allem sind enorm gewachsen und für diese enorme Mehrbelastung, und das ist ja wirklich erfreulich, das ist wirklich sehr gut für die Umwelt, für viele Sachen, dass wir einfach hier eine ausgebauten Infrastruktur haben. Das machen wir auch beim ÖV, bei der S-Bahn, wir machen das auch bei der Autobahn, leider nicht beim Rheintunnel, da ist die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung nicht dafür, die Autobahn auszubauen, aber ich glaube, in Basel ist eine deutliche Mehrheit für den Velo-Ausbau. Also wenn diese Abstimmung Initiative kommen würde, dann würde die höchstwahrscheinlich eine Mehrheit finden. Aber sie ist eben zu extrem und darum habe ich an diesem Gegenvorschlag mitgearbeitet.

Und für einmal, und da habe ich mich auch eingesetzt, geht der Gegenvorschlag von der UVEK-Mehrheit nur in zwei Punkten weiter als die Regierung. Eines ist die behördlichen Verbindliche Verordnung, dass die öffentlich ist, und das andere ist etwas die Zeit und die Priorisierung. Ich denke, mit diesen zwei Erweiterungen kann auch wahrscheinlich die Regierung leben. Die Regierungsrätin hat relativ kurz festgehalten, dass die Regierung bei ihrem Gegenvorschlag bleiben möchte, aber sie hat das nicht vehement verteidigt. Also ich nehme an, die Regierung ist hier auch mit dem Gegenvorschlag nachher einverstanden.

Es ist uns aber auch klar von der EVP-Mitte-Fraktion, es kostet Parkplätze. Es ist auch im Bericht eine Zahl genannt worden und das sind 1'000 von 25'000 Parkplätzen auf öffentlichem Grund und das ist doch relativ viel. In zehn Jahren sind das 1'000 Parkplätze und da haben wir ein Problem. Wir haben wirklich ein Problem, weil da sind wir nicht der gleichen Meinung wie Jean-Luc Perret, dass das Auto keinen Platz mehr hat in Basel. Das Auto ist auch ein wichtiger Bestandteil von einer guten Mobilitätslösung und wir können nicht einfach nur den Autos immer den Platz wegnehmen. Wir von der Mitte-EVP-Fraktion sind vehement dafür, dass wir parallel Quartierparkings bauen, irgendwo vielleicht unter einem Infrastrukturbau, den die Regierung machen muss. Es kann ein Schulhaus sein und unten dran macht man nicht eine Turnhalle, haben wir, glaube ich, genug, sondern wir könnten mal einen Parkplatz machen mit einer Einfahrt auf der Rückseite. Irgendwie kreativ sein, aber es ist wichtig, dass wir auch weiterhin Möglichkeiten haben, das Auto in der Stadt zu parkieren. Also hier kommt ein Vorstoß von unserer Fraktion.

Ich möchte nicht länger bleiben, wir haben ein Offen, aber ich persönlich hoffe, dass der Gegenvorschlag der UVEK eine Mehrheit findet.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Joël Thüring an? Sie wird mit Vergnügen angenommen.

Joël Thüring (SVP): Herr Leonhardt, als Vertreter einer aus meiner Sicht, zumindest habe ich das vermutet, immer noch gewerbefreundlichen Partei möchte ich Sie schon fragen, was sagen Sie denn den Gewerbetreibenden, die jetzt aufgrund Ihrer Stimme mit der Kommissionsmehrheit ihren Parkplatz verlieren werden, welcher notwendig ist, um das Gewerbe aufrechtzuerhalten, was sagen Sie denen?

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Nein, ich glaube, das Gewerbe muss Platz haben, um ihre Arbeit zu machen und das braucht oft noch ein grosses Fahrzeug. Also Parkplätze für das Gewerbe priorität behandeln.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es haben alle Fraktionen direkt oder indirekt gesprochen und wir hatten heute Morgen noch Herrn Seiler als Einzelsprecher auf der Liste. Er darf sprechen.



Daniel Seiler (FDP): Ich weiss gar nicht, wo ich anfangen soll hier bei diesem Thema. Ich muss natürlich einmal mehr dem Kollegen Messerli ein Kränzchenwinden und selbstverständlich auch meinem Kollegen Beat Braun. Sie haben eigentlich alles gesagt. Ich habe mich mit diesem Thema der Velovorzugsrouten in den letzten Wochen, nicht über Weihnachten, aber in den letzten Wochen auch ein bisschen intensiv ausserhalb der UVEK beschäftigt und ich habe festgestellt, es herrscht sehr viel Uneinigkeit, was eine Velovorzugsroute sein soll. Ich glaube, das Einzige, was man sich so primär einig ist bei der Mehrheit und bei der Regierung, ist, dass die Autos da weg sollen.

Wir reden von 50 Kilometer Velovorzugsrouten. Ich habe mir erlaubt, mal zu googeln, wieso kommen wir überhaupt auf 50 Kilometer. Ich glaube, das liegt daran oder ich bin ziemlich sicher, weil in Zürich gab es die gleiche Initiative, da hatte man 50 Kilometer. Jetzt wenn man bei Google mal nachschaut, wie viele Strassenkilometer, also die Länge der Straßen in Zürich sind, dann sind das etwa 750 Kilometer. In Basel-Stadt sind es etwa weniger als die Hälfte, etwa 300 Kilometer. In Luzern, das steht auch im Bericht, hatte man die gleiche Initiative auch gemacht, da hat man 20 Kilometer gefordert bei 240 Kilometer. Wir können alle da den Dreisatz machen und ich mache jetzt nicht den Dreisatz, was es heißt, der Unterschied zwischen 40 Kilometer und 50 Kilometern, aber wir sehen, alleine die Menge an Forderungen in Kilometern, von denen wir hier sprechen, die ist eigentlich immens. Wir reden etwa von 17 Prozent von allen Straßen in dieser Stadt. Nur leider, wenn ich anschau, was das für Straßen sind, Kollege Messerli hat es gesagt, wir wissen es nicht. Irgendwo steht der Untere Rheinweg, irgendwo steht die Wettsteinallee, dann steht die Wettsteinbrücke, wo man vielleicht den Fussgängerweg ein bisschen schmäler machen kann und dafür die Velospur ein bisschen breiter. Das sind alles solche Informationen, die man so liest, wenn man diese Unterlagen durchblättert, aber um was es wirklich geht, das steht wirklich nirgends.

Ich habe wieder den Eindruck, dass wir beim gleichen Punkt sind wie bei der Klimagerechtigkeitsinitiative, das Stimmvolk wird am Schluss wieder die Katze im Sack kaufen. Niemand wird wissen, was genau passiert. Man hat jetzt Zeit seit 2022, wo die Initiative eingereicht wurde, bis heute und wir haben nicht einmal ein kleines Netzchen hier auf dem Beamer, über was wir eigentlich diskutieren. Und über das wollen Sie jetzt hier entscheiden im Saal? Ich meine, Sie haben die Meinungen gemacht, ich sage nur, wir machen es wieder gleich wie in der Vergangenheit. Wir wissen nicht, über was wir entscheiden, wir entscheiden primär, die Autos sind böse. Wie wollen Sie zum Beispiel auf einem Knotenpunkt das Vorrecht von Velos auf den Velovorzugsrouten sicherstellen? Wollen Sie die Autos anhalten mit Lichtsignalen im Feierabendverkehr von 5 Uhr bis 7 oder 8 Uhr und wenn dann alle Velopendler zu Hause sind, machen Sie die Lichtsignale wieder auf Grün? Das steht da drin, wenn man das anschaut, ich weiss nicht genau, wie Sie das Ganze umsetzen wollen und auch in der Realität in der heutigen Zeit mit all unseren Baustellen, auch das steht im Bericht, die Regierungsrätin geht davon aus, dass es zusätzlich sehr viele Baustellen braucht.

Auch steht im Bericht, dass die Regierung sagt, Basel-Stadt hat gar kein Sicherheitsproblem verglichen mit anderen Städten. Da steht drin, im Gegensatz zu anderen Schweizer Städten verzeichnet der Kanton Basel-Stadt trotz zunehmendem Veloverkehr weniger polizeilich rapportierte Unfälle mit Velobeteiligung. Sie reden von Sicherheit, die Regierung sagt, wir haben kein Sicherheitsproblem. Seit ich hier im Saal bin, ich darf hierhin kommen, das freut mich, ich darf auch sprechen, das ist auch sehr schön, in jeder zweiten Sitzung werden Velomassnahmen verlangt. In jeder zweiten Sitzung werden Velomassnahmen durchgewunken. Im Amtsblatt jede Woche Velomassnahmen gegen Autos. Wir können jedes Jahr zwei Bände von Büchern füllen für Velomassnahmen gegen die Autos und Sie sagen, das reicht nicht. Ich finde, es reicht, wir brauchen das nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Seiler, Sie dürfen sogar Zwischenfragen annehmen oder ablehnen. Sie werden angenommen.

Lisa Mathys (SP): Herr Seiler, Sie sagen, dass es irgendwie diese Notwendigkeit nicht gibt und dass es immer nur gegen das Auto geht. Wir haben einen gültigen Teilrichtplan Velo, wo ein Velowegnetz drin ist, das noch nicht umgesetzt ist und wir haben ein Umweltschutzgesetz. Bestreiten Sie, dass man diese Sachen umsetzen sollte?

Daniel Seiler (FDP): Dann setzen Sie doch bitte das um, was vorhanden ist und kreieren nicht irgendetwas künstliches Neues.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die zweite Frage wurden zurückgezogen. Damit sind wir mit den Wortmeldungen durch und kommen nochmals zu Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank für die lebhafte, es war auch zu erwarten, die lebhafte Debatte. Es ist wie so häufig und wie es wahrscheinlich auch richtig ist, den einen geht der Gegenvorschlag deutlich zu wenig weit, es ist zu langsam, zu wenig konsequent und die andere Seite sagt, das geht viel zu schnell und wir investieren da zu viel rein und



setzen die Ziele zu hoch. Der Regierungsrat sieht das relativ nüchtern. Wir verfügen schon heute über die nötigen rechtlichen Grundlagen, die uns den Weg auch vorgeben. Neben dem genannten Bundesgesetz über die Velowege gibt es das kantonale Gesetz, das uns eben vorgibt, flächeneffiziente und umweltschonende Verkehrsmittel zu bevorzugen. Und das ist ja das Gute auch an diesem Gesetz, es ist relativ neutral gegenüber, ob jetzt das kleine Auto oder grosse Velo oder Fussgänger sind, es geht darum, dass flächeneffizient unterwegs sein eben besser gewichtet sein soll als weniger flächeneffiziente Arten und Weisen. Und das ist, Herr Messerli, umso wichtiger, weil wir in einer dichten Stadt wohnen. Wenn wir Fläche hätten nach Belieben, wäre das gar nicht so ein grosses Problem. Wir haben auch die Netto-Null-Ziele, und, und, und, also die rechtlichen Rahmenbedingungen sind gegeben.

Wir sind auf diesem Weg schon gut unterwegs, ja, das ist so, wir haben einen hohen Anteil an Menschen, die mit dem Velo unterwegs sind. Wir möchten aber auf diesem Weg auch weitergehen, eben weil die Zahl der Menschen zunimmt, die auch so unterwegs sind und die haben Ansprüche. Und diesen Weg möchten wir weitergehen mit dieser erneuerten Rahmenausgabebewilligung und auch mit dieser Zielvorgabe der Velovorzugsrouten im Netz.

Wo ich ihn recht gebe, ich glaube, es war im Votum auch von Herrn Braun, es braucht an jedem Ort, bei jedem Projekt eine Güterabwägung. Es ist eben nicht sinnvoll, und deshalb darf ich Sie nochmal in aller Deutlichkeit bitten, die Initiative abzulehnen, es ist nicht sinnvoll, solche Masse ins Gesetz zu schreiben. Und zwar nicht nur in der Abwägung gegenüber dem Autoverkehr, was man gerne mal vergisst, es geht auch um Abwägungen gegenüber Entsiegung. Immer wieder haben wir die Herausforderung, dass wir gerne noch Bäume pflanzen möchten, aber irgendwann ist dann die Strasse zu breit, wenn man überall die Mindestmasse vorsieht. Also ich glaube, es geht wirklich um die Güterabwägung vor Ort und deshalb bitten wir Sie sehr, die Initiative abzulehnen. Wir haben diese Standards, wir möchten die und werden die anwenden, aber es braucht eine Beurteilung, eine sorgfältige vor Ort.

In diesem Sinne bitte ich Sie sehr, den Mittelweg der Regierung, den Gegenvorschlag zu unterstützen und auch wenn ich keine Viertelstunde zu dem referiert habe, Herr Leonhardt, ich meine das sehr ernst und ich bitte Sie, die Initiative abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Minderheit hat Daniel Hettich das Wort.

Daniel Hettich (LDP): Ich glaube, jetzt wurde heftig debattiert, vielen Dank. Wenn Sie etwas für alle machen wollen, für das Gewerbe, dann stimmen Sie doch einfach mit der Minderheit und dann kommt das gut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die UVEK-Mehrheit hat Raphael Fuhrer das Wort.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich möchte gleich mit der Frage beginnen, haben wir ein Sicherheitsproblem, ja oder nein. Was vielleicht ganz interessant ist, ist zu wissen, dass 90 Prozent aller Unfälle mit Velo-Beteiligung polizeilich nicht registriert werden. Das steht im Sinus-Report, das ist eine Veröffentlichung des Büros für Unfallverhütung, eine unabhängige Stiftung, in der Fachleute arbeiten, worauf sich ganz viele Behörden in unserem Land beziehen. Die Zahl von einer schwerverletzten Person pro Woche bei uns im Kanton, meistens sind es Velofahrer*innen, die da hinter dieser Zahl stehen, finden wir von der UVEK-Mehrheit, das ist eine Zahl, die zu hoch ist und wenn man da etwas machen kann, und wir sind überzeugt, wir können das mit der geeigneten Infrastruktur und den vorgeschlagenen Massnahmen, dann sollen wir das auch tun.

Der zweite Punkt, der angesprochen wurde, die Blaulichtorganisationen, die werden angeblich behindert, wenn man das Velo fördert. Es gibt ja Städte, in denen tatsächlich das Velo bereits heute sehr stark gefördert wird und auch dort kommen die Blaulichtorganisationen an ihr Ziel. Innerhalb von einer nützlichen Frist eine Rettungsgasse zu bilden, ist, wenn Velos auf der Strasse sind, viel einfacher zu bewerkstelligen, als wenn einer Autokolonne dort steht.

Dann habe ich herausgehört, dass uns vorgeworfen wird von der UVEK-Minderheit, dass das Velo mit der Annahme unseres Gegenvorschlags zu viel Raum einnehmen würde in Zukunft. Ich meine, Luftbilder kennen wir heute alle, Google Maps, usw. Wenn wir in irgendein Quartier in unserem Kanton reinzoomen und uns mal anschauen, wie die Flächen sind, wie viel Fläche nimmt ein Velostreifen ein im Gegensatz zu einem Autostreifen, wie viele Parkplätze sind für das Auto da gegenüber dem Velo, dann ist da für uns alle augenfällig, dass der Platz heute genau umgekehrt verteilt ist. Und was wir jetzt mit dem Gegenvorschlag versuchen, ist ein wenig dort zu korrigieren, weil eben der Veloverkehr in den letzten Jahren massiv zugenommen hat und ein schlummerndes Potenzial da ist, dass noch viele mehr Leute umsteigen können.

Und ja, es ist natürlich eine gewisse Verschiebung der Gewichtung hin zum Velo in Sachen Sicherheit und auch in der Strassenraumgestaltung. Aber wenn wir uns anschauen, was das Bundesgesetz verlangt, und das ist der nächste Punkt, der uns ja vorgeworfen wird, man müsse gar nicht so viel machen als Kanton, also wenn wir schauen, was die planungsrechtlichen Grundlagen vom Bund her vorschreiben, dann ist es ein durchgehendes, sicheres, direktes und



attraktives Velonetz. Durchgehend; zum Beispiel, der City-Ring von der Johanniterbrücke bis zum Bahnhof, ist das eine durchgehende Veloinfrastruktur? Auf keinen Fall. Sicher, eine schwerverletzte Person pro Woche, die meisten davon Velofahrende, also ist es auch nicht sicher. Direkt; uns fehlen Querungen wie zum Beispiel über Gleise, über den Rhein, usw., auch dort sind wir nicht, wo wir sein müssen. Und attraktiv; alle, die mit dem Velo regelmässig zum Beispiel über den Aeschenplatz fahren, wissen, attraktive Orte in unserem Kanton gibt es, aber es gibt auch viele, die nicht so sind. Also wir sind nicht dort, wo das Bundesgesetz uns als Kanton bis 2024 haben möchte und wenn wir heute nicht starten, werden wir das auch nicht bis dann schaffen und als Stadtkanton müssen wir den Anspruch haben, das auch bis 2037 zu schaffen.

Darum möchte ich nochmals dafür werben, dass wir heute mit dem Gegenvorschlag der UVEK-Mehrheit dieses Problem angehen und auf eine saubere Lösung abstützen, wie wir das im Gesetz relativ knapp festhalten können und direkt ab Beschluss dann auch bald mit den Arbeiten beginnen können, damit eben möglichst bald mehr Leute Velo fahren in unserem Kanton. Was dann auch wieder für die Autofahrerinnen und Autofahrer den Vorteil hat, dass weniger Autos unterwegs sind, dass der eine oder andere Parkplatz dann auch frei bleibt, wo dann auch das Gewerbe Güterumschlag, Anlieferung, usw. machen kann. Von mir aus, dass man diese Parkplätze danach gelb markiert, damit das Gewerbe dort auch Vorrang hat. Also von einem gewerbefeindlichen, autofeindlichen oder auch irgendwie übertriebenen und extremen Vorschlag kann nicht die Rede sein. Wir nehmen die Anliegen der Initiative auf und setzen sie auf eine massvolle Art um und setzen sie so um, dass wir dem Bundesgesetz gerecht werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen zu Detailberatung und wir tun das anhand des Berichts der Mehrheit der UVEK.

Da gibt es verschiedene Anträge. Das sind Anträge des Regierungsrates, der etwas streichen möchte oder etwas anders haben möchte. Wenn Sie der UVEK-Mehrheit nicht folgen möchten, dann müssen Sie diesen Anträgen zustimmen. Das als Vorbemerkung.

Detailberatung (Seite 16 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Gegenvorschlag, Text der Initiative

1. Änderung des Umweltschutzgesetzes

§ 13 Abs. 2 lit. e (geändert)

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt, Litera e zu streichen. Wir eröffnen dazu die Debatte. Zuerst hat Frau Keller das Wort, falls sie es wünscht. Sie verzichtet. Herr Fuhrer verzichtet nicht.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich würde gerne präzisieren, das auf der Folie, das stimmt nicht ganz. Der Regierungsrat möchte nur den Teil streichen ab: der erhöhten Schutzbedürftigkeit der besonders gefährdeten Verkehrsteilnehmenden, usw. Der erste Satz ist heute schon im Umweltschutzgesetz drin, einfach zur Klärung.

Trotzdem möchte ich noch kurz begründen, warum die UVEK-Mehrheit an diesem zweiten Satz festhalten möchte. Es ist aus unserer Sicht eindeutig so, dass eben gerade Velofahrende, aber auch Fußgänger*innen nicht in der gleichen Situation sind wie jemand, der im Auto ist mit 1,7 Tonnen Stahl um sich oder in einem Bus, im besten Fall ein Velohelm und das sollte auch im Gesetz abgebildet sein, das hier ein Gefälle besteht und dass man der besonderen Schutzbedürftigkeit dieser Verkehrsteilnehmer*innen auch das nötige Gewicht beimisst. Das war ja eines der Kernpunkte in der Initiative, die Sicherheit als Argument, warum Leute sich für oder gegen das Velo im Alltag entscheiden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Minderheit verzichtet Daniel Hettich auf das Wort. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es ist richtig, was Herr Fuhrer gesagt hat. Es gibt einen Satz, den die UVEK-Mehrheit hinzufügen möchte, den der Regierungsrat nicht hinzufügen möchte. Die Folie war falsch. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung



37 Ja, 58 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005474, 15.01.25 15:40:07]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 58 Nein-Stimmen gegen 37 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

Abs. 5 lit. e (neu)

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt eine eigene Formulierung für Litera e. Der Antrag liegt Ihnen vor. Zuerst hat die Antragstellerin Frau Keller das Wort, sie verzichtet. Herr Fuhrer wünscht es.

Raphael Fuhrer (GAB): Ganz kurz, der Gedanke der UVEK-Mehrheit ist, dass ein Velonetz nur als Ganzes funktioniert. Velovorzugsrouten sind gut und recht, unterstützen wir, aber die Haupt- und Nebenrouten sind genauso wichtig, denn jede Velofahrt startet bei mir zu Hause, endet beim Coop, bei der Schule, wo auch immer, da muss das ganze Netz von Anfang an angegangen werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Sprecher der Minderheit verzichtet. Es gibt keine Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 58 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005476, 15.01.25 15:41:40]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 58 Nein-Stimmen gegen 37 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir kommen zum nächsten Antrag.

Abs. 5 lit. f (neu)

Hier ist es so, dass die UVEK-Mehrheit etwas einfügen möchte, das im Umweltschutzgesetz noch nichts steht. Der Regierungsrat möchte es nicht einfügen. Zuerst hat die Antragstellerin Esther Keller das Wort, sie verzichtet. Herr Fuhrer verzichtet ebenfalls und Herr Hettich auch. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung



38 Ja, 58 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005478, 15.01.25 15:42:42]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 58 Nein-Stimmen gegen 38 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Abs. 5 bis (neu)

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt, Abs. 5 bis zu streichen. Im Umweltschutzgesetz steht dieser Absatz bis heute nicht. Es gibt einen Antrag der UVEK, etwas einzufügen und der Regierungsrat möchte das streichen.

Wir eröffnen die Debatte. Auch hier wird verzichtet, ausser von Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Auch kurz. Da geht es um die Standards und das ist wirklich der Kern der Sache, was am Ende darüber entscheidet, wie velotauglich die Infrastruktur ist. Da ist es aus Sicht der UVEK-Mehrheit wichtig, dass diese behördenverbindlich sind und somit auch Anwendung finden bei der Planung und bei der Umsetzung in den nächsten Jahren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir stimmen über diesen Änderungsantrag ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 57 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005480, 15.01.25 15:44:20]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 57 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

2. Ausgabenbewilligung

- Erhöhung Rahmemausgabenbewilligung

- Erhöhung ZBE Langsamverkehr

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt, bei Alinea 1 eine Rahmemausgabenbewilligung von 20,5 Millionen Franken und bei Alinea 2 einen Betrag von 180'000 Franken.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Frau Keller verzichtet und hält am Antrag fest. Herr Fuhrer und Herr Hettich verzichten ebenfalls. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

38 Ja, 58 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005482, 15.01.25 15:45:44]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag wird abgelehnt mit 58 Nein-Stimmen gegen 38 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Wir führen die Detailberatung weiter.

Die Kommissionsmehrheit beantragt, der Initiative den Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Die Kommissionsminderheit beantragt, keinen Gegenvorschlag. Wir kommen zur Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag. Wenn Sie den Gegenvorschlag in der Schlussabstimmung annehmen, wird dieser der Initiative so gegenübergestellt. Wenn Sie den Gegenvorschlag ablehnen, kommt die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst mit Gegenvorschlag, NEIN heisst Verzicht auf Gegenvorschlag

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 24 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005484, 15.01.25 15:46:54]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Das Umweltschutzgesetz Basel-Stadt (USG BS) vom 13. März 1991 wird wie folgt geändert:

§ 13 Abs. 2, Abs. 5, Abs. 5 bis (neu)

2 Der Kanton und die Gemeinden Bettingen und Riehen sorgen dafür, dass

e) (geändert) alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer vor Gefährdungen und vermeidbaren Behinderungen geschützt werden. Der erhöhten Schutzbedürftigkeit der besonders gefährdeten Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer ist dabei Rechnung zu tragen.

5 Der Kanton und die Gemeinden Bettingen und Riehen ergreifen insbesondere folgende Massnahmen, um die Zielsetzungen gemäss Abs. 2 bis 4 zu erfüllen:

d) (geändert) Fördermassnahmen zugunsten von umweltfreundlichen Verkehrsmitteln;

e) (neu) ein durchgehendes, sicheres, attraktives und angemessen dichtes Velowegnetz, wovon bis spätestens 10 Jahre nach Inkrafttreten dieser Bestimmung mindestens 40 km Velovorzugsrouten umgesetzt sind; parallel werden Haupt- und Nebenverbindungen bis spätestens 2042 ausgebildet; der Kanton veröffentlicht bis zur Fertigstellung des Netzes alle drei Jahre einen Bericht;

f) (neu) verkehrstechnische Sofortmassnahmen zur zeitnahen Behebung von Gefahrenstellen im Fuss- und Veloverkehr.

5 bis Das zuständige Departement legt Standards für die Planung, Projektierung und Umsetzung von kantonalen Fuss- und Veloverkehrsprojekten fest. Diese sind für die Behörden verbindlich.

2. Ausgabengenehmigung



Der Grosse Rat genehmigt zur Umsetzung des Gegenvorschlags Ausgaben in Höhe von insgesamt Fr. 23'940'000. Diese teilen sich wie folgt auf:

- Fr. 23'740'000 als Erhöhung der zweiten Rahmenausgabenbewilligung Langsamverkehr (RAB LV II) von Fr. 10'000'000 auf insgesamt Fr. 33'740'000 zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur». Davon entfallen Fr. 16'000'000 auf die Projektierung und Umsetzung von Veloverkehrsmassnahmen und Fr. 7'740'000 auf Personalkosten beim Bau- und Verkehrsdepartement und beim Justiz- und Sicherheitsdepartement. 4'500'000 der internen Mittel für Personalressourcen sind auf 10 Jahre und 3'240'000 bis im Jahr 2042 befristet.
- Fr. 200'000 Franken ab 2025 als jährliche Erhöhung des ZBE Langsamverkehr bis im Jahr 2042.

II. Weitere Behandlung

Die Volksinitiative «Sichere Velorouten in Basel-Stadt» ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberchtigten gleichzeitig mit dem unter I. aufgefhrten Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

Der Grosse Rat empfiehlt den Stimmberchtigten, die Volksinitiative zu verwerfen und den Gegenvorschlag anzunehmen.

Für den Fall, dass sowohl das Initiativbegehren als auch der Gegenvorschlag angenommen werden, haben die Stimmberchtigten zu entscheiden, welche der beiden Vorlagen sie vorziehen. Der Grosse Rat empfiehlt, bei der Stichfrage den Gegenvorschlag vorzuziehen.

Bei Annahme der Volksinitiative arbeitet der Grosse Rat unverzüglich eine entsprechende Vorlage aus. Bei Annahme des Gegenvorschlages bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens der entsprechenden Gesetzesänderung.

Wenn das Initiativbegehren zurückgezogen wird, sind die Änderung des Umweltschutzgesetzes und der Ausgabenbeschluss (Gegenvorschlag) nochmals zu publizieren. Beides unterliegt dann dem fakultativen Referendum. Nach Eintritt der Rechtskraft der Änderung des Umweltschutzgesetzes bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

IV. Publikation

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Gegenvorschlag hat eine Mehrheit gefunden mit 72 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen.

Wir fahren fort.

II. Weitere Behandlung

Die Kommissionsmehrheit wie auch die -minderheit beantragen, die Initiative den Stimmberchtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Vom GAB und der SP wurden andere Anträge gestellt, und zwar die auf Annahme der Initiative.

Wir eröffnen auch hier nochmals die Debatte. Die Antragstellenden verzichten. Herr Fuhrer, Herr Hettich und Frau Keller verzichten ebenso. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

NEIN heisst Empfehlung auf Verwerfung, JA heisst Empfehlung auf Annahme.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 52 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 0005486, 15.01.25 15:48:14]

Der Grosse Rat beschliesst

Empfehlung auf Verwerfung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Initiative wird zur Verwerfung empfohlen mit 52 Nein-Stimmen gegen 41 Ja-Stimmen.



III. Publikation

Damit ist der Grossratsbeschluss bereinigt und das Geschäft ist erlegt. Bei einer Empfehlung auf Verwerfung gibt es keine Empfehlung zur Stichfrage.

21.1. Interpellation Nr. 153 Adrian Iselin betreffend Zukunft der Studios SRF im Meret Oppenheim-Haus in Basel

[15.01.25 15:48:41, 24.5547.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Damit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt:

Der Regierungsrat anerkennt die Bedeutung der verschiedenen Einheiten von SRF am Basler Standort für den Kanton und für die Region. Ein starker SRF-Standort in Basel mit nationaler Strahlkraft ist für die Wahrnehmung der Region in der Schweiz von grundlegender Bedeutung und das SRF leistet einen wichtigen Beitrag für die mediale Berichterstattung in der Region.

Der Regierungsrat setzt sich deshalb stark für SRG und SRF ein. So lehnte er Anfang letzten Jahres in der Vernehmlassung zur Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung die vom Bundesrat vorgeschlagene und nun beschlossene Senkung der Haushaltsabgabe entschieden ab. Mit diesem Vorgehen wird der Service Public für alle Sprachregionen gefährdet und die Präsenz und die Verankerung der SRG in den Regionen geschwächt. Der Regierungsrat wies darauf hin, dass dem SRF-Standort Basel negative Folgen drohen würden, sowohl bei der regionalen Berichterstattung als auch bei den Arbeitsplätzen in den übrigen Bereichen von SRF. Auch in der Vernehmlassung vom letzten Oktober zur Änderung der Abgabenanteile für lokale Radio- und regionale Fernsehveranstalter und Fördermassnahmen zugunsten der elektronischen Medien setzte der Regierungsrat sich für SRG und SRF und für ihre Standorte in der Region ein. Des Weiteren hatte sich der Regierungsrat im Dezember 2017 deziert gegen die No Billag-Initiative ausgesprochen.

Zur Frage 2. Das zuständige Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt nahm wegen der durch die SRG kommunizierten Sparmassnahmen und der Kommunikation des Transformationsprojektes «En avant SRG SSR» Kontakt mit der SRF-Leitung auf. Beim Gespräch Mitte November 2024 liess sich der Departementsvorsteher von der Leitung der SRF über diese Massnahmen und deren möglichen Auswirkungen auf den SRF-Standort Basel informieren. Dabei betonte er, dass der Standort für den regionalen Service Public-News-Bereich für die mediale Ausstrahlung der Region Basel in die Schweiz sowie als inhaltliches Kompetenzzentrum für Kulturwissenschaft und Religion von grosser Bedeutung ist und auch in Zukunft sein muss. Ebenso hat der Regierungspräsident beim Austausch mit Spartenvertretungen von SRG und SRF am 18. November 2024 im Rahmen einer Ausschusssitzung der Nordwestschweizer Regierungskonferenz gegenüber der SRG-Delegation die Wichtigkeit des Standortes Basel betont. Der Regierungspräsident hat die SRG-Vertretung bei dieser Gelegenheit an den bei der Antwort auf Frage 1 erwähnten Einsatz des Kantons Basel-Stadt für eine starke SRG erinnert.

Zur Frage 3. Wir verweisen auf die obigen Ausführungen. Zusätzlich wirkt die Vertretung des Kantons im Vorstand der SRG Region Basel, der regionalen Trägerschaft aktiv mit und setzt sich in diesem Gremium für einen starken SRF-Standort Basel ein. Der Vorstand der SRG Region Basel steht ein für einen starken, überregionalen SRF-Standort in Basel, der einen wesentlichen Beitrag zum SRF-Programm leistet.

Zur Frage 4. Der Regierungsrat ist nach Rücksprache mit den weiteren Nordwestschweizer Kantonen Basel-Landschaft, Aargau, Solothurn und Jura bereit, erneut bei der SRG und bei SRF vorstellig zu werden. Ein erstes Treffen von Ausschussmitgliedern in der Nordwestschweizer Regierungskonferenz mit hochkarätigen Vertreterinnen und Vertretern von SRG und SRF hat wie erwähnt am 18. November 2024 stattgefunden. Auch dort haben die Vertreterinnen und Vertreter der Nordwestschweizer Kantone das Anliegen eines starken Service Public in der Nordwestschweiz vorgebracht. Ein Folgegespräch ist noch nicht vereinbart, da die genauen Folgen von «En avant SRG SSR» für die Region Basel gemäss SRG und SRF noch nicht feststehen.

Zur Frage 5. Die Zahlungen des Kantons für die Durchführung des Eurovision Song Contests (ESC) in Basel stehen in keinem direkten Zusammenhang mit dem zum SRG-Standort in Basel. Basel hat sich unter anderem aus wirtschaftlichen Gründen bei der SRG für die Durchführung des ESC in Basel beworben. Die Zusammenarbeit zwischen den Projektteams des Kantons und der SRG verläuft partnerschaftlich und konstruktiv. Der Regierungsrat geht davon aus, dass die SRG das substanzielle Engagement des Kantons für die Durchführung des ESC in Basel wie auch der Einsatz des Kantons für eine



starke SRG insgesamt anerkennt und richtig einzuordnen weiss. Der Regierungspräsident hatte dies der SRG-Delegation anlässlich des bereits erwähnten Treffens mitgeteilt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit den Antworten zufrieden ist.

Adrian Iselin (LDP): Regierungsrat Sutter, zuerst einmal vielen Dank für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich glaube, es ist für uns alle klar, dass ein starker SRF-Standort hier in Basel wichtig ist, einerseits für den Journalismus, aber andererseits auch aufgrund von den Arbeitsplätzen, die es da hat. Insbesondere, wenn man das Meret Oppenheim-Haus einmal besucht, sieht man, wie viele Leute dort wirklich arbeiten und das ist recht beeindruckend und es freut mich, dass der Regierungsrat das auch so sieht.

Dann finde ich es auch sehr gut, dass der Regierungsrat bereits in Kontakt steht mit der SRF-Leitung und vor allem auch, dass es Rücksprachen gegeben hat mit den anderen Nordwestschweizer Kantonen. Ich glaube, es ist jetzt besonders wichtig, dass man dann die Folgegespräche, die da noch nicht aufgesetzt sind, dass man das angeht und dass man wirklich gemeinsam mit der Region sich stark macht für den SRF-Standort. In diesem Sinne vertraue ich der Regierung, dass Sie das gut machen werden und hoffe, dass wir hier alle diesen Standort behalten können.

In dem Sinn bin ich zufrieden mit der Antwort.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist zufrieden mit den Antworten. Die Interpellation ist erledigt.

21.2. Interpellation Nr. 154 Silvia Schweizer betreffend Schutz vor K.O.-Tropfen: Dringende Massnahmen für sichere (Gross)anlässe in Basel

[15.01.25 15:55:04, 25.5004.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Damit hat Regierungsräatin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt: Einleitende Bemerkungen: K.O.-Tropfen stellen eine ernst zu nehmende Gefahr dar, da sie sedierend wirken und Opfer vorübergehend handlungsunfähig machen können. Vorfälle wie zuletzt im Hirscheneck verdeutlichen die Bedeutung von Prävention und konsequenter Strafverfolgung. Die zuständigen Behörden im Kanton Basel-Stadt sind diesbezüglich geschult und sensibilisiert. Die Polizei rät dazu, Getränke in Lokalen nicht unbeaufsichtigt zu lassen, um das Risiko einer Kontamination zu minimieren. Damit sich bei einem Verdacht, es seien K.O.-Tropfen verabreicht worden, der Sachverhalt erhärten und damit die Grundlage für ein Strafverfahren legen lässt, bedarf es einer raschen Beweissicherung. Allen Betroffenen wird empfohlen, bei Verdacht möglichst umgehend ein Spital aufzusuchen, denn ein erfolgreicher Nachweis von K.O.-Tropfen steht und fällt mit einer möglichst raschen Asservierung von Blut und Urin. Bei erbrachtem Nachweis rät der Regierungsrat, unbedingt Anzeige zu erstatten.

Zu den einzelnen Fragen, Fragen 1 und 2. Die Abgabe der K.O.-Armbänder erfolgte in vergangenen Jahren schwerpunktmaßig im Sommer an stark frequentierten Orten im Rahmen von Kampagnen wie Relax. Derzeit werden keine Armbänder mehr verteilt, da die Kantonspolizei auf der Suche nach einem zuverlässigen und nutzerfreundlichen Produkt ist.

Zu Frage 3. Der Regierungsrat nimmt die Besorgnis der Bevölkerung ernst. Gleichzeitig ist zu beachten, dass die bisherigen Erfahrungen mit K.O.-Armbändern gezeigt haben, dass deren Schutzwirkung begrenzt ist. Verschiedene Substanzen können potenziell als K.O.-Tropfen genutzt werden, davon werden aber nicht alle von den Armbänder-Schnelltests erkannt. Ihr Einsatz kann aber sinnvoll sein, wenn er in einem Massnahmenpaket von Prävention und Unterstützung eingebettet wird.

Zu Frage 4. Die Abgabe von Armbändern bietet aus Sicht des Regierungsrats aus vorgenannten Gründen nur begrenzt Schutz. Falls jedoch ein verlässliches und nutzerfreundliches Produkt gefunden worden ist, ist in Ergänzung zu Sensibilisierungs- und Präventionsmassnahmen die Gratisabgabe an Abgabestellen denkbar.



Zu Frage 5. Für den ESC in Basel wurde bereits ein integriertes Schutz- und Massnahmenpaket zur Prävention und Unterstützung von Opfern sexualisierter Gewalt und Feindlichkeit entwickelt. Es beinhaltet unter anderem Schulungs- und Sensibilisierungsmassnahmen, sogenannte Safe Spaces auf dem Festivalgelände, und zusätzlich Beratungs- und Begleitungsdienstleistungen für Opfer sexualisierte Gewalt. Ein Gesuch um finanzielle Unterstützung wurde beim Bund eingereicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit den Antworten zufrieden ist.

Silvia Schweizer (FDP): K.O.-Tropfen sind ein ernst zu nehmendes gesellschaftliches Problem, auch bei uns. Das hat die Berichterstattung der verschiedenen Medien in den letzten Tagen eindrücklich gezeigt. Viele Opfer von Vorfällen mit K.O.-Tropfen zögern, Anzeige zu erstatten. Oft aus Angst vor Stigmatisierung, Scham oder dem Gefühl, nicht ernst genommen zu werden. Dies führt zu einer grossen Dunkelziffer.

Um das Sicherheitsgefühl der Menschen zu stärken und die Dunkelziffer zu reduzieren, müssen entsprechend verschiedene Massnahmen ergriffen werden. Dazu gehört mittelfristig der Aufbau eines Netzwerkes zwischen Polizei, Veranstaltern, Gesundheitsdiensten, sozialen und Opferschutzeinrichtungen, aber auch den Fokus auf die Täterschaft zu legen, wie das auch der Regierungsrat in seiner Beantwortung bemerkt hat. Die Wahrung der Sicherheit an Grossveranstaltungen wie der ESC, der Frauen EM oder anderen erfordert hingegen auch kurzfristige, proaktive Massnahmen und die Zusammenarbeit aller Beteiligten. Durch Aufklärung, präventive Massnahmen, wie zum Beispiel die K.O.-Armbänder, und einer engen Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden kann das Risiko von Vorfällen mit K.O.-Tropfen erheblich reduziert werden. Davon bin ich überzeugt.

Mir ist sehr wohl bewusst, wie das der Regierungsrat in seiner Antwort erwähnt hat, dass die K.O.-Tropfen umstritten sind. Deshalb braucht es eine begleitende Aufklärung über die Limitationen der Armbänder. Es soll ein zusätzliches Hilfsmittel zur Prävention sein. Unser aller Ziel ist ein sicheres Umfeld, in dem alle Teilnehmer unbeschwert feiern können, denn ein einziger Vorfall genügt, um aus einem positiven Bild einer Stadt ein negatives Bild zu transportieren. Entsprechend danke ich der Regierung, dass sie proaktiv ein Schutz- und Massnahmenpaket plant. Ich hoffe trotzdem, dass auch die Armbänder mit entsprechender Aufklärung zum Einsatz kommen.

Ich bin mit der Interpellationsbeantwortung zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit den Antworten zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

21.3. Interpellation Nr. 155 Jennifer Schmid betreffend immer mehr Drohnen fliegen über Basel

[15.01.25 16:01:30, 25.5005.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Damit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu Frage 1. Bei Drohnenflügen wird zwischen zwei Kategorien unterschieden, der offenen und der speziellen. Diese unterscheiden sich hauptsächlich durch das Risikoprofil und der damit verbundenen Anforderungen. Die meisten Drohnen können in der offenen Kategorie geflogen werden. Dabei gilt eine maximale Flughöhe von 120 Metern über Grund. Zudem muss die Drohne stets im direkten Sichtkontakt betrieben werden. Um höher fliegen zu können, ist eine Bewilligung des Bundesamts für Zivilluftfahrt (BAZL) notwendig.

Zu Frage 2. In Basel sowie der gesamten Schweiz gelten für Drohnen bestimmte Flugeinschränkungen. Diese umfassen die Umgebung rund um Flughäfen und Flugplätze, Vollzugseinrichtungen, bestimmte Naturschutzgebiete, der Umkreis von Kernkraftwerken, militärische Gebiete, gewisse Infrastruktur der Energie- und Gasversorgung sowie weitere kantonale Gebietseinschränkungen. Eine genaue Übersicht findet sich auf der interaktiven Drohnenkarte des BAZL.



Zu Frage 3: Der Regierungsrat verweist hierzu auf die Webseite des BAZL. Diese bietet eine umfassende Informationsquelle zum Thema Drohnen, insbesondere für Einsteigerinnen und Einsteiger sowie für Touristinnen und Touristen.

Zu den Fragen 4 und 5. Betreiberinnen und Betreiber von Drohnen, die mit einer Kamera oder einem Sensor ausgestattet ist, mit denen personenbezogene Daten erfasst werden können, müssen sich auf dem Schweizer Online-Drohnenportal (dLIS) registrieren und die Drohne mit der UAS-Betreibernummer kennzeichnen. Die Registrierung ist kostenlos. Wie viele Drohnenpilotinnen und Drohnenpiloten im Kanton Basel-Stadt registriert sind, ist dem Regierungsrat nicht bekannt, da die Registrierung durch das BAZL erfolgt.

Zu Frage 6. Die Drohnenpilotinnen und Drohnenpiloten sind Luftraumnutzende und sind verpflichtet, sicherheitsrelevante Zwischenfälle oder Unfälle zeitnah zu melden. Sofern kein grobfahrlässiges oder vorsätzliches Verhalten vorliegt, sind keine strafrechtlichen Konsequenzen zu befürchten. Der Fokus liegt auf der Untersuchung der Unfälle und den entsprechenden Erkenntnissen. Im Kanton Basel-Stadt sind bisher keine Drohnenunfälle bekannt.

Zu Frage 7. Für die Beurteilung der Bedrohungslage stützt sich der Regierungsrat auf die Einschätzung der Sicherheitsbehörden, welche die Entwicklungen aufmerksam verfolgen und die Lagebeurteilung laufend anpassen. Das Risiko eines Luftangriffs wird derzeit vergleichbar hoch wie bei ähnlichen gelagerten Grossveranstaltungen eingeschätzt. Ein Drohnenflugverbot ist in Prüfung.

Zu Frage 8. Drohnen werden nicht abgeschossen. Die Drohnenabwehr erfolgt durch den Einsatz technischer Mittel.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit den Antworten zufrieden ist.

Jennifer Schmid (Fraktionslos): Es ist meine einzige Rede als Grossrätin, aber ich rede jetzt zu meiner Interpellation. Es geht um Drohnen. Es gibt immer mehr Drohnen über Basel und die Drohnen können auch Ihr Grundstück überfliegen. Es kann auch zu Unfällen mit Drohnen kommen. Vieles ist nicht klar geregelt. Ich sehe immer mehr Drohnenfotos von Basel in Social Media, daher habe ich diese Interpellation gestellt.

Ich wünsche Ihnen allen noch nachträglich einen guten Start in das neue Jahr und ich freue mich, dass Sie mich alle im Parlament so nett aufgenommen haben und ich hoffe natürlich, dass ich bei der nächsten Grossratswahl 2028 gewählt werde und zu Ihnen zurückkehren werde. Denn die Volksaktion machte im Jahr 2012 schon einmal zwei Sitze. Ich danke meinem Chef, Grossrat und Parteipräsident Eric Weber, der gerade als Wahlbeobachter in Belarus weilt. Und ich bin einverstanden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit den Antworten zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

21.4. Interpellation Nr. 156 Lisa Mathys betreffend Kulturwandel und Vorbildsfunktion der neuen Polizeileitung

[15.01.25 16:06:36, 25.5006.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Damit hat Regierungsrätiin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Einleitende Bemerkungen. Die Kantonspolizei hat sich schon lange das Ziel gesetzt, eine bevölkerungsnahe Polizei zu sein. Dazu gehört die Diversität im Korps auf allen Stufen zu erhöhen, um den Querschnitt der Bevölkerung besser abzubilden. So ist die Kantonspolizei Basel-Stadt seit den 90er-Jahren eines der wenigen Korps, das Ausländerinnen und Ausländer mit Niederlassungsbewilligung C aufnimmt. Am 3. Juli 2018 hat das Justiz- und Sicherheitsdepartement kommuniziert, dass die damals vier vakanten Stellen in der Polizeileitung mit je zwei Männern und erstmals zwei Frauen neu besetzt werden. Um die Diversität zu erhöhen, braucht es aber neben den Anstrengungen der Arbeitgeberin auch die entsprechenden Bewerbungen und Zugänge.



Zu den einzelnen Fragen, Frage 1. Die Polizeileitung bestand bis im Juni 2024 aus den Polizeikommandanten und sechs Hauptabteilungsleitenden, davon zwei Frauen. Aktuell sind unter den 23 Abteilungsleitenden zwei Frauen, unter den 84 Ressortleitenden 12 Frauen.

Zu Frage 2. Der Beirat besteht aus vier Männern. In der Arbeitsgruppe von Mitarbeitenden, welche die Grundlage für weitere Massnahmen gegen Diskriminierung erarbeitet und der rund ein Dutzend Personen angehört, ist das Geschlechterverhältnis ausgeglichen.

Zu Frage 3. Auf der obersten Führungsstufe der Kantonspolizei gestaltet sich Teilzeitarbeit, etwa mit Blick auf Anforderungen an die ständige Verfügbarkeit und den hohen Koordinationsbedarf, erfahrungsgemäss schwierig. Dennoch werden geeignete Kandidatinnen und Kandidaten nicht vom Bewerbungsprozess ausgeschlossen, wenn sie nicht in einem 100-Prozent-Pensum arbeiten möchten.

Zu Frage 4. Selbstverständlich wird von allen Führungspersonen erwartet, dass sie in den Bereichen Gleichstellung, Diversität und Prävention von sexueller Belästigung oder Mobbing sensibilisiert sind. Das ist ein Anspruch, den die Kantonspolizei als Arbeitgeberin an alle sich bewerbenden Personen hat. Entsprechende Nachweise erhöhen die Chancen im Bewerbungsverfahren weit vorzustossen, solange alle anderen erforderlichen Kompetenzen ebenfalls nachgewiesen werden können.

Zu Frage 5. Die Durchsetzung von Anstand und Respekt gegenüber Mitarbeitenden sowie Kolleginnen und Kollegen ist eine Führungsverantwortung, die in der Vergangenheit gemäss den Schilderungen im Bericht Schefer nicht konsequent wahrgenommen wurde. Diese Fähigkeiten werden bei allen Rekrutierungen, egal ob interne oder externe, überprüft. Der Kommandant hat die bis im Sommer praktizierte automatische Beförderung von Mitarbeitenden ab einem gewissen Dienstalter gestoppt. Eine Beförderung muss an Leistungskriterien, Einstellung und Verhalten gebunden sein.

Zu Frage 6. Der Bericht Schefer hat in diversen Punkten Fragen aufgeworfen und Empfehlungen ausgesprochen, darunter zu diskriminierendem Verhalten. Eine externe Anlaufstelle steht wie angekündigt seit dem Sommer allen Mitarbeitenden der Kantonspolizei für anonyme Meldungen über diskriminierendes Verhalten und Mobbing zur Verfügung. Eine erste Zwischenstandmeldung zum Jahresende hat ergeben, dass in dieser Zeit drei Personen die Anlaufstelle kontaktiert haben, alle wegen Meldungen von mutmasslichem Mobbing. Nulltoleranz gegenüber Diskriminierungen ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, nach der aber im Bewerbungsverfahren gezielt gefragt wird. Der Kommandant fordert von allen Mitarbeitenden der Kantonspolizei, die Kolleginnen und Kollegen zu respektieren und mit Anstand zu behandeln. Das wird auch von den Bewerberinnen und Bewerbern auf die ausgeschriebenen Hauptabteilungsleitungen verlangt, ohne dass diese Selbstverständlichkeit explizit erwähnt wird.

Zu Frage 7a. Die Leitung der Kantonspolizei gewichtet den Diskriminierungsschutz hoch. Bevor eine Strategie entworfen werden kann, muss aber zuerst die Führungsverantwortung wahrgenommen werden. Der Fokus liegt auf der Förderung einer Arbeitskultur, die von Respekt und Chancengleichheit geprägt ist.

Zu Frage 7b. Die Thematik wird organisatorisch in den Führungsstrukturen verankert, indem klare Verantwortlichkeiten definiert und Kontrollmechanismen eingeführt werden. Das interne Knowhow soll durch verpflichtende Weiterbildungen und den Einbezug von externen Expertinnen und Experten kontinuierlich erweitert werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit den Antworten zufrieden ist.

Lisa Mathys (SP): Regierungsrätin Eymann, ich bedanke mich herzlich für die mündliche Beantwortung dieser Interpellation. Ich möchte es gleich vorneweg sagen, wir finden es sehr gut, sehr begrüssenswert und sehr wichtig, dass dieser Nulltoleranzgrundsatz von Ihnen so stark geäussert wurde und dass die externe Anlaufstelle geschaffen wurde. Ich möchte das vorneweg gleich sagen, dass wir das sehr gut und sehr wichtig finden. Jetzt versuche ich ein bisschen chronologisch gemäss Ihren Antworten vorzugehen, beim Erklären, wo dass ich vielleicht noch nicht ganz zufrieden bin mit dem, was aktuell läuft.

Gleich in der einleitenden Bemerkung sagen Sie schon, dass neben den Anstrengungen der Arbeitgeberin auch die entsprechenden Bewerbungen nötig sind, um eine ausgeglichene Geschlechterverteilung zu erzielen in einem Korps. Und hier möchte ich gleich schon ein bisschen Vorgreifen auf Frage und Antwort 3. Wenn man nur 100 Prozent ausschreibt, eine Stelle, dann schreckt das ab und man schliesst wie ein ganzes bewerbendes Feld aus, das sich nicht auf eine Stelle bewerben wird, die nur 100 Prozent ausgeschrieben ist. Ich denke, da setzt man zu falsche Hürden, falsche Signale und da könnte man das wirklich noch besser gestalten, wenn man wirklich mehr Frauen auch einbeziehen will.

Bei der Frage 1 haben Sie ausgeführt, dass die Hauptabteilungen zu einem Drittel von Frauen geführt wurden, als sie noch besetzt waren. Das finde ich einen guten Wert, das ist ein erstrebenswerter Wert und gleichzeitig sehen wir dann auch, dass wir bei den Abteilungsleitenden nicht einmal 10 Prozent Frauen haben und das kann ja selbstredend nicht zufriedenstellend



sein. Und da würde ich mir wünschen, dass Sie sich, Frau Eymann, eben auch wirklich noch Ziele setzen, welchen Frauenanteil Sie anstreben wollen. Diese Frage haben Sie nicht beantwortet, was sind die Ziele, die man sich selber setzt.

Bei der zweiten Frage oder der zweiten Antwort sieht man dann gleich ein bisschen klischeemässig, exemplarisch, was halt wie oft schief läuft in unserer aktuellen Gesellschaft, der Beirat, der besteht aus vier Männern und die Arbeitsgruppe, dort haben wir dann ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis. Und ich denke, das ist eben schon ein bisschen symptomatisch dafür, wie es oft läuft, wo dass die Frauen eben fehlen und wir hoffen, dass wir da mit unserer Polizei künftig eine bessere Vorbildrolle einnehmen können.

Bei der Frage 3 ist neben der 100-Prozent-Ausschreibung noch etwas angesprochen worden, dass es schwierig sei, eben unter 100 Prozent zu arbeiten in einem Job, wo die ständige Verfügbarkeit und der hohe Koordinationsbedarf nötig sind. Das ist in allen Kaderfunktionen ein bisschen so und ich finde, gerade in einem Betrieb wie der Polizei, wo wir einen 24/7-Betrieb haben, auch wenn man 100 Prozent arbeitet, ist man nicht an allen Tagen, an denen der Betrieb läuft, anwesend, weil ja eben 24/7, und gerade dort finde ich es eigentlich umso einfacher einzusehen, dass man auch mit 80 Prozent eine verantwortungsvolle Position besetzen kann, weil ob man vier oder fünf Tage von sieben da ist, das wird nicht so stark gespürt wie ein 5-Tage-Betrieb, wo es abgesehen davon auch möglich ist.

Bei der Frage 4 haben Sie gesagt, dass gewisse Sensibilisierungen nachgefragt werden bei Bewerbenden, dass man erwartet, dass die Leute sensibilisiert sind. Da würde ich mir wünschen, dass man nicht nur Sensibilisierungen erwartet, sondern auch wirklich Kompetenzen.

Dann bei Frage 5 möchte ich noch einmal etwas sehr Gutes hervorheben, dass die automatischen Beförderungen gestoppt wurden. Das ist natürlich sehr begrüssenswert, das ist sehr wichtig, dass das nicht mehr so läuft.

Bei der Nulltoleranz gegenüber Diskriminierungen, die Sie als Selbstverständlichkeit bezeichnen und die man deshalb auch nicht erwähnt in der Ausschreibung. Wir hatten alle gedacht, das sei eine Selbstverständlichkeit, dann kam der Bericht Schefer, der wirklich systemische Veränderungen aufgezeigt hat, die dringend notwendig sind. Kulturwandel braucht systemische Veränderungen und entsprechend sollte man das halt vielleicht wirklich nicht mehr mit Selbstverständlichkeit voraussetzen, sondern wirklich einbeziehen in die Prozesse, auch explizit.

In diesem Sinne erkläre ich mich für teilweise zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

21.5. Interpellation Nr. 157 Luca Urgese betreffend Schluss mit dem App-Wildwuchs im öffentlichen Verkehr!

[15.01.25 16:16:39, 25.5007.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen.

11. Ausgabenbewilligung zur Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung des Stadtraum-Umgestaltungspotenzials durch Nutzung von Synergien beim Fernwärmeverbau, Bericht der UVEK

[15.01.25 16:16:54, 24.0781.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Es handelt sich, wie eben gerade gehört, um eine Motion aus dem Grossen Rat. Der Regierungsrat hat einen schriftlichen Bericht dazu vorgelegt, wir als Kommission auch, ich möchte mich darum so kurz als möglich halten.



Zunächst möchte ich mich bedanken beim Bau- und Verkehrsdepartement, einerseits für die Aufnahme unserer Motion, Umsetzung und dann auch in der Kommission für die Beratung.

Der Fernwärme-Ausbau ist aufgegelistet. Es handelt sich um eine Schlüsseltechnologie, damit wir als Kanton bis 2037 Netto-Null erreichen. Das ist gut. Was heisst das für den öffentlichen Raum? Das heisst, 80 Prozent Baustellenzunahmen auf neu dann im Durchschnitt 9 Baustellenkilometer pro Jahr. Ohne diese Motion, haben wir damals erfahren, würden circa 30 Prozent der Baustellen genutzt, um Wirkungsveränderungen dann auch umzusetzen. Das heisst umgekehrt, dass 70 Prozent der Baustellen reine Fernwärme-Baustellen wären. Das hat uns dann dazu veranlasst in der UVEK, diese Motion zu machen.

Nun haben wir erfahren, dass mit der Motion bzw. dem Ratschlag um die 55 bis 60 Prozent der Baustellen im Zusammenhang mit der Fernwärme mit einer Wirkungsveränderung, das heisst, Massnahmen zugunsten von Begrünung und Entsiegelung oder auch des umweltfreundlichen Verkehrs, koordiniert werden können und so auch umgesetzt werden. Das bedeutet dann in letzter Konsequenz, dass dann nicht zwei, drei oder ein paar Jahre später wiederum eine Baustelle kommen müsste, wenn man noch Bäume wollte oder irgendeinen Unfallschwerpunkt für den Fuss- und Veloverkehr sanieren möchte. Was auch noch ein grosser Erfolg dieser Motion ist, ist, dass jedes Fernwärme-Bauprojekt auf das Potenzial überprüft wird und möglichst dann geschaut wird, dass man, wenn man nicht direkt etwas verändern kann, zumindest das Potenzial nicht verbaut wird und man dann in späteren Jahren nicht plötzlich den Konflikt hat zwischen Leitungen im Boden und zum Beispiel einer Baumpflanzung.

Das definierte Vorgehen hat für die UVEK Sinn ergeben, es wurde uns vorgestellt, wie geht man jetzt sofort vor, wie geht man dann ab der Zeit vor, wo die zusätzliche Ressourcen auch da sind. Wir haben uns das erklären lassen und für uns ist das soweit schlüssig. Uns ist wichtig, dass auch jetzt in dieser Zeit bis 2028, bis also die Motionsforderungen voll greifen können, auch da schon Verbesserungen umgesetzt werden und die Potenziale möglichst genutzt werden. Wir haben das in unserem Bericht im Kapitel 2.1 ausgeführt.

Der zweite Teil, der betrifft das Verkehrssimulationstool. Mehr Baustellen könnten auch bedeuten, dass der Verkehr dadurch beeinträchtigt wird, je nachdem, wie die Baustellen zusammenfallen, und da möchte der Regierungsrat vorbeugen und Szenarien rechnen können, wie die Baustellen optimal angeordnet und auch zeitlich verschoben werden können, damit der Verkehr möglichst wenig beeinträchtigt wird. Auch das hat der UVEK eingeleuchtet und wir haben dort noch die eine oder andere Nachfrage gehabt. Wir haben das auch mit einer Vertretung aus dem JSD anschauen können, an dieser Stelle auch Danke für diese Antworten, die wir dort erhalten haben. Es ist so, dass einerseits Ressourcenbedarf besteht beim JSD selber, aber dann auch für den Einkauf des Produkts und dann auch für externe Unterstützung in der Anwendung. Das hat den Vorteil, dass man dort relativ flexibel ist, wie man dann das Tool einsetzt.

Fazit für uns, die Motion war richtig, wir konnten eine Verbesserung damit erreichen. Wir sind froh, dass der Regierungsrat das so aufgenommen hat und einen Vorschlag gemacht hat, wie das umzusetzen ist. Wir können so den Fernwärme-Ausbau als Impuls nutzen, Potenziale für Verbesserungen nutzen und Baustellen koordinieren.

Wir als UVEK möchten darum ohne Gegenstimme beantragen, dem Beschlussentwurf zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Der Fernwärme-Ausbau der IWB, der läuft auf Hochtouren. Das ist erfreulich, weil es bedeutet, dass wir unserem Netto-Null-Ziel näherkommen. Es ist aber ganz klar auch eine Belastung für die Bevölkerung und für die Unternehmen hier mit Lärm, Staub und Verkehrsbehinderungen. Der vorliegende Ausgabenantrag der Regierung, der auf der Motion der UVEK fußt, zielt darauf, diese Belastung zu verringern und Chancen zu nutzen.

Die Belastung wollen wir verringern, indem wir die Baustellen, wo immer möglich, stärker koordinieren und der Kanton sich im Bereich der Verkehrsprognosen und Verkehrsmodelle verstärkt, um die Baustellen so zu planen, dass im Umfeld der Baustellen einerseits die Sicherheit gewährleistet ist, aber auch damit der Verkehrsfluss möglichst wenig eingeschränkt wird für alle und/aber auch insbesondere übrigens für den ÖV, namentlich die Busse, die sonst schnell einmal im Stau stehen. Die Chancen nutzen wollen wir auch, indem wir die ohnehin anstehenden Arbeiten nutzen, um die Situation in den jeweiligen Strassen zu verbessern. Einerseits bezüglich Verkehrsflächen, Sie wissen, wir haben es vorhin gerade diskutiert, dass wir den Auftrag haben, den umweltschonenden Verkehr in Basel zu fördern. Es gibt also Gelegenheit zur Verbesserung der Sicherheit von Fussgängerinnen, Fussgängern, von Velofahrenden, auch des MIV und Stärkung des ÖV.

Der Fernwärme-Ausbau gibt aber auch Gelegenheit, zahlreiche Strassenzüge zu entsiegeln und Bäume zu pflanzen. Das machen wir seit Beginn des Fernwärme-Ausbaus mit sogenannten Quick Win-Massnahmen. Gerade aktuell kann ich da die Schalerstrasse, die Sängergasse, den Laupenring, Holeestrasse sowie die Rotbergerstrasse als jüngste Beispiele nennen, wo wir deutlich begrünen können. Weitere Beispiele kennen Sie vielleicht aus dem Wettsteinquartier und zahlreiche weitere werden folgen. So kommen jährlich Dutzende Bäume und hunderte Quadratmeter dazu, die wir entsiegeln können.



Die Kehrseite des Tempos dieser Veränderung ist, dass die Leute in der Planung beim Kanton wirklich am Anschlag laufen, um mit diesem massiven Tempo der Fernwärme mithalten zu können und andere Projekte müssen im Moment zurückstehen. Mit dem heutigen Antrag ermöglichen Sie, dass wir diese Quick Wins weiterführen, uns im Bereich der Planung verstärken und diese Chancen im Zuge der Fernwärme nicht verpassen.

Der Regierungsrat beantragt bis 2037 rund 51 Millionen Franken, sprich jährliche Ausgaben von 4 Millionen Franken. Ich bitte Sie dafür für Unterstützung und ich möchte auch nochmal der Kommission und dem Präsidenten danken für die kritische Auseinandersetzung und insbesondere auch für die speditive Bearbeitung dieses Geschäfts.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da zur Sprecherin für die GLP, Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Wir Grünlberalnen möchten diese Ausgaben bewilligen und sind sehr froh, dass die UVEK mit ihrer Motion eine bessere Koordination von Fernwärme-Ausbau und Erhaltungsausbauprojekten angestossen hat, und danken dem Regierungsrat für den Ratschlag. Mit dieser Ausgabenbewilligung wird die bisherige Arbeit des GMI, des Geschäftsmodells Infrastruktur, nicht in Frage gestellt, sondern angesichts der Mammutaufgabe, die ansteht, deutlich gestärkt. Eine bessere Projektkoordination braucht zusätzliche monetäre Ressourcen, dafür ist die Nutzung und Gestaltung besser aufeinander abgestimmt. Das Augenmerk liegt auf das gleichzeitige Planen von Umgestaltungspotenzialen sowie die Reduktion von Belastungen durch Baustellen. Dies erachten wir als ausserordentlich sinnvoll.

Wir Grünlberalnen bitten Sie deshalb, die Ausgaben zu bewilligen und die Motion abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für das GAB ist Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Es gibt nichts Nervigeres, als eine Baustelle lange vor der Türe zu haben und danach, wenn die Baustelle endlich wieder verschwindet, sieht die Strasse wieder gleich aus. Man fragt sich in einer solchen Situation, weshalb überhaupt gebaut wurde. Wird wenige Jahre später erneut dieselbe Strasse aufgerissen, sinkt die Akzeptanz für Baustellen noch tiefer. Dieses Problem kennen wir und es wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auch noch zunehmen, wenn wir nichts unternehmen, denn Basel baut zurzeit viel. Wir haben uns sehr viel vorgenommen mit dem Gas-Ausstieg, dem Ausbau der Fernwärme, den laufenden Strassensanierungs- und Werkleitungsarbeiten, den Begrünungen und den Verbesserungen für den Fuss- und Veloverkehr.

Wir bauen aber nicht nur um des Bauens Willens, sondern klar zur Steigerung der Lebensqualität in Basel. Doch Lebensqualität und Baustellen gehen nicht logisch miteinander einher. Um möglichst viele Baustellen auch direkt spürbar danach erlebbar zu machen, dass es Verbesserungen gab und dass es im Sinne der Lebensqualität war, hat die UVEK damals eine bessere Baustellenkoordination mit der vorliegenden Motion gefordert und nach einer Baustelle sollen gemäss der Motion möglichst auch Begrünungen, neue Velowele oder breitere Trottoirs realisiert sein.

Schon damals hat die GAB-Fraktion dieses wichtige Anliegen unterstützt. Meine Fraktion ist zufrieden mit dem Vorschlag der Regierung, diese Millionen Franken in eine bessere Koordination der Baustellen zu investieren. Es gibt, wie gesagt, nichts Nervigeres als eine Baustelle, von der die Bevölkerung nach Abschluss der Bauarbeiten keinen Mehrwert sieht. Mit einer besseren Koordination dürfen wir zudem auch unter dem Strich auf weniger Baustellen hoffen, als nötig wären, um all unsere Vorhaben umzusetzen, wenn wir es über einen längeren Zeitraum betrachten. Und wir dürfen uns freuen auf mehr direkt sichtbare Verbesserungen im Strassenraum direkt nach einer Baustelle, so dass wir in Zukunft vielleicht weniger die Baustellen und mehr die Baumpflanzungen sehen. 50 Millionen sind viel Geld, doch das Geld ist für die GAB-Fraktion an einem sehr sinnvollen Ort über viele Jahre hinweg investiert und sichert, dass wir nicht bauen um des Bauens Willens, sondern zur Steigerung der Lebensqualität.

In diesem Sinne werden wir dem Finanzbeschluss zustimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Daniel Hettich für die LDP.

Daniel Hettich (LDP): Ja, gefühlt ist Basel eine riesengrosse Baustelle. Diese Ausgaben könnten Sinn machen und vermutlich sparen sie Kosten und fordern die Effizienz. Synergien hätten ja eigentlich schon jetzt erwartet werden können, aber ja, wenn das der Sache hilft, ist die LDP dafür und unterstützt das Anliegen. Wenn das Ergebnis in geordnete Bauabläufe und effiziente Bauplanungen mündet, dann wurde das Ziel am Schluss erreicht. Wir sind gespannt auf das Ergebnis der Übung.



Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Daniel Sägesser für die SP.

Daniel Sägesser (SP): Ich kann es im Namen der SP-Fraktion auch relativ kurz machen. Die Vorlage wurde vom Präsidenten der UVEK und auch von den Kolleginnen Kühne und Hanauer bereits ausführlich erläutert. Auch die SP-Fraktion freut sich sehr, dass durch die Erfüllung dieser UVEK-Motion nun deutlich mehr Fernwärme-Baustellen im gleichen Aufwisch zur Begrünung, Entsiegelung sowie Massnahmen für den Fuss- und Veloverkehr genutzt werden können. Wir finden die nun zu sprechenden rund 51 Millionen Franken über 13 Jahre sehr sinnvoll investiert.

Etwas Erstaunen und auch Raunen ausgelöst hat bei uns, dass mit insgesamt 6,7 Millionen Franken deutlich mehr als 10 Prozent der beantragten Mittel für die Anschaffung, den Betrieb und den Unterhalt sowie die Bedienung eines Verkehrssimulationstools ausgegeben werden soll. Eine digital unterstützte Verkehrsplanung rund um Baustellen macht in der heutigen Zeit sicherlich Sinn. 6,7 Millionen Franken dünken uns aber sehr teuer. Auch scheint es uns etwas sachfremd, dass diese Mittel im Ratschlag zu dieser UVEK-Motion beantragt werden. Die UVEK-Motion ist sicherlich nicht ursächlich für den Bedarf eines solchen Tools. Auch in Anbetracht des hohen Betrags hätte das gut auch in einem eigenen Ratschlag sein dürfen.

Die SP-Fraktion freut sich aber sehr auf die zusätzlichen und rascheren Begrünungs- und Velo- und Fussverkehr-Massnahmen und kann in dem Sinne auch diesen Teil des Ratschlags im Sinne eines Ratschlags für alle Verkehrsteilnehmenden mittragen. Die SP-Fraktion wird deshalb dem Grossratsbeschluss gerne zustimmen und die UVEK-Motion als erledigt abschreiben und bittet Sie, das gleiche zu tun.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als nächstes hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich darf es ganz kurz machen, ich möchte nur etwas nicht im Raum stehen lassen. Es ist also nicht so, dass wir heute die Baustellen nicht koordinieren würden, im Gegenteil, das ist über das Geschäftsmodell Infrastruktur heute schon der Fall. Aber wir reden von einer massiven Zunahme und damit steigt auch die Komplexität natürlich der Zusammenhänge. Also wir reden da von der Zunahme der Baustellen, die wir abfangen möchten.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an den Kommissionspräsidenten der UVEK, Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Besten Dank für die Diskussion zu dieser Motion. Für mich war diese Motion beispielhaft für die gute und sachliche Zusammenarbeit, die wir in der UVEK in den letzten Jahren hatten. Die war immer auf Augenhöhe und mit Respekt. Wir haben sehr effizient und zielorientiert gearbeitet und trotzdem dabei immer mit Freude. Ich möchte mich bedanken bei meiner tollen Vizepräsidentin Nicole Strahm, bei unserem super Kommissionssekretär Niklaus Wunderle, bei allen Mitgliedern der UVEK, die immer so schön midiskutiert und mitgedacht haben, bei unseren häufigen Gästen, Regierungsrätin Esther Keller und Regierungsrat Kaspar Sutter, bei ihren Mitarbeitenden für ihr breites Fachwissen. Ich kann auf eine sehr erfüllende und produktive Legislatur zurückblicken. Ich habe sehr viel von Ihnen allen gelernt und wünsche Ihnen alles Gute. [Applaus]

Balz Herter (Mitte-EVP): Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Bewilligung Gesamtbetrag

-
-
-
-
-

2. Berichterstattung



Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer den wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer ihm nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005494, 15.01.25 16:35:25]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Reduktion der Baustellenbelastung sowie die Nutzung des Stadtraum-Umgestaltungspotenzials durch die Nutzung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau werden Mittel in Höhe von insgesamt Fr. 50'822'750 von 2025 bis 2037 bewilligt. Diese teilen sich wie folgt auf:

- Fr. 857'250 als Ausgabenbewilligung in Form von jährlichen Personalkosten (450%) für die Planung und Koordination der Projekte des Fernwärme-Ausbaus mit der Erhaltungsplanung sowie mit Nutzungs- und Gestaltungsänderung zu Lasten der Erfolgsrechnung (ZBE) des Bau- und Verkehrsdepartements befristet ab 2028 bis Ende des Fernwärme-Ausbaus 2037
- Fr. 31'040'750 als Rahmenausgabebewilligung Fernwärme-Ausbau für Strassenbauersatzmassnahmen von jährlich Fr. 1'000'000, welche aufgrund des erhöhten Bauvolumens durch den Fernwärme-Ausbau anfallen, und für Personalkosten (750%, jährlich Fr. 1'390'000) für die Planung und Realisierung der Projekte des Fernwärme-Ausbaus mit der Erhaltungsplanung, Nutzungs- und Gestaltungsänderung zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur» des Bau- und Verkehrsdepartements befristet bis Ende des Fernwärme-Ausbaus 2037
- Fr. 346'500 als Aufgabenbewilligung in Form von jährlichen Personalkosten (200%) für die Planung, Koordination und Realisierung der Projekte des Fernwärme-Ausbaus zu Lasten der Erfolgsrechnung (ZBE) des Justiz- und Sicherheitsdepartements, Kantonspolizei befristet bis Ende des Fernwärme-Ausbaus 2037
- Fr. 485'000 als unbefristete Ausgabenbewilligung in Form von jährlichen Personalkosten (100%), jährlichen Betriebskosten von Fr. 200'000 eines Verkehrssimulationstools sowie von jährlichen Sachaufwänden von Fr. 100'000 für Verkehrssimulationen im nahen Umfeld von Baustellen zu Lasten der Erfolgsrechnung (ZBE) des Justiz- und Sicherheitsdepartements, Kantonspolizei
- Fr. 400'000 als einmalige Ausgabenbewilligung für die Beschaffung und Einführung eines Verkehrssimulationstools zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 5 «Informatik» des Justiz- und Sicherheitsdepartements, Kantonspolizei.

2. Der Regierungsrat erstattet dem Grossen Rat alle drei Jahre Bericht über die aktuelle Realisierung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau hinsichtlich des Umgestaltungspotenzials des Stadtraumes zu Gunsten der Lebensqualität (Stadtklima, Lärmschutz und Aufenthaltsqualität).

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben das Geschäft mit 92 Stimmen einstimmig angenommen.

11.1. Motion der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend der Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung des Stadtraum-Umgestaltungspotenzials durch Nutzung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau, Bericht der UVEK

[15.01.25 16:35:32, 21.5638.04]



Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat und die UVEK beantragen, die Motion der UVEK als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine anderen Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion wird als erledigt abzuschreiben.

12. Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug" - Fristverlängerung, Bericht der WAK

[15.01.25 16:35:54, 23.1670.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die WAK beantragt, die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis zum 22. November 2025 zu verlängern. Die Kommissionssprecherin verzichtet, Frau Soland verzichtet ebenso. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Grossratsbeschluss (Seite 2 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Abstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss Fristverlängerung, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005497, 15.01.25 16:37:07]

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Fall, dass die Wirtschafts- und Abgabekommission der kantonalen Volksinitiative «Keine Steuerschulden dank Direktabzug» keinen Gegenvorschlag gegenüberstellt, wird die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis zum 22. November 2025 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Entscheid ist mit 89 Ja-Stimmen einstimmig. Das Geschäft ist erledigt.

13. Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisierung für den Vollausbau des Restaurant Kaserne Kasernenhof 6, 4058 Basel, Bericht der BRK

[15.01.25 16:37:13, 21.1360.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die BRK beantragt, der Tischvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an den Präsidenten der BRK, Michael Hug.



Michael Hug (LDP): Der Grosse Rat hat im Jahr 2016 für die Gesamtsanierung und den Umbau des Kasernenhauptbaus eine Ausgabe von über 44 Millionen Franken bewilligt. In diesen Kosten war der Rohbau für das geplante Restaurant im Kasernenhauptbau enthalten. Ursprünglich war vorgesehen, dass die zukünftigen Pächterinnen und Pächter die Räumlichkeiten auf eigene Kosten ausbauen, was in dem vorgesehenen Café und Bistroteil sowie in der Bar, welche im Turm liegt, geschehen ist. Aufgrund des damals coronabedingt angespannten Marktumfeldes und der hohen Kosten für den Ausbau gegen 2 Millionen Franken konnte dieses Konzept im grössten Flächenteil, wo ein Restaurant geplant ist, jedoch nicht umgesetzt werden. Es fand sich offenbar niemand, welcher die Fläche zu diesen Konditionen übernehmen wollte. Dabei sind Auflagen wie ausgeprägte Öffnungszeiten und Bespielungspflichten auch mitursächlich für die geringe Nachfrage gewesen.

Generell, aus der Perspektive der BRK wurde das Prozedere der Ausschreibung von Anfang an falsch gewählt. Das Präsidialdepartement wählte einen Prozess mit einer Ausschreibung bzw. einer Einladung zur Konzepteinreichung. Dies ist mitursächlich, dass die Situation heute so unbefriedigend ist. Nachdem es keine Interessenten gab, wurde die Fläche erneut ausgeschrieben, diesmal mit der Absicht, den Vollausbau durch den Kanton durchführen zu lassen. Der vorliegende Ratschlag des Regierungsrates ist das Ergebnis dieser Anpassung. Zuständig ist nun das Finanzdepartement, welches sich in der aktuellen Planung eng an eine Nutzerperspektive orientiert.

Die BRK hat das Geschäft in fünf Sitzungen beraten. Dabei wurden sämtliche Aspekte des Projekts eingehend geprüft, darunter die finanziellen Auswirkungen, die angestrebte Nutzung der Räumlichkeiten sowie die Auswirkungen auf die Nutzung des Aussenraumes. Vertreterinnen und Vertreter des Finanzdepartements und des Bau- und Verkehrsdepartements standen der Kommission für Fragen zur Verfügung. Darüber hinaus hat die BRK die Gelegenheit genutzt, sich bei einer Besichtigung vor Ort ein Bild den Gegebenheiten zu machen.

Die hohen Kosten des Vollausbaus in Höhe von 3,43 Millionen Franken wurden von der BRK sehr kontrovers diskutiert. Einige Mitglieder der Kommission erachten den Betrag als zu hoch und den Ausbau zweier Küchen als nicht notwendig an. Ausserdem soll nach deren Ansicht kein staatlich subventioniertes Restaurant entstehen, während andere Gastronomen viel höhere Mieten und Amortisationen bzw. selbst einen Ausbau finanzieren müssten.

Die geplante Nutzung der Räumlichkeiten als Restaurant wurde von der BRK als sinnvoll erachtet. Alternative Nutzungen, wie beispielsweise die Schaffung von Quartiertreffpunkten oder anderen öffentlichen Angeboten, wären gemäss Aussagen der Verwaltung realistische Alternativen. Die Mehrheit der Kommission hat eine solche Nutzung als weniger geeignet eingestuft. Insbesondere wurde betont, dass auch bei einer alternativen Nutzung erhebliche Ausbaukosten anfallen würden. Die Fläche befindet sich derzeit in einem Rohbau 2. Das heisst, es wurden Fenster eingebaut, es gibt ein Dach und es gibt Versorgungsanlagen, aber grosse Ausbauaufwendungen stehen in jedem Fall an. Die einzigartige Lage direkt am Rhein muss zudem bei der Nutzung unbedingt berücksichtigt werden.

Ein weiterer zentraler Diskussionspunkt war die Nutzung der Allmend vor der Kaserne. Die geplante Aussenbestuhlung des Restaurants wird den verfügbaren Raum für andere nutzungen, wie beispielsweise das Boule-Spiel oder Tischtennis, reduzieren. Dies führte zu langen Diskussionen innerhalb der Kommission, aber auch ausserhalb in der Öffentlichkeit und in der medialen Berichterstattung. Dabei wurde auch viel emotional argumentiert. Die BRK konnte sich jedoch davon überzeugen, dass auch nach dem Umbau ausreichend Raum für eine Nutzung ohne Konsumzwang zur Verfügung stehen wird. Etwa ein Viertel wird künftig durch die Gastronomieflächen genutzt. Es wurde zudem darauf hingewiesen, dass ohne die umsatzstarken Sommermonate, in denen die Aussenplätze genutzt werden können, ein wirtschaftlicher Betrieb des Restaurants kaum möglich wäre. Die Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, dass die geplante Nutzung des Aussenraums vertretbar ist und im Einklang mit den Zielen des Gesamtprojekts steht.

Eigentlicher Knackpunkt ist die vorgesehene Abgeltung des Mieters. Die kalkulatorische Miete sowie eine Umsatzbeteiligung der Pächterin oder des Pächters sollen sicherstellen, dass die Investitionskosten gedeckt werden. Dies soll insbesondere neben der Grundmiete durch eine Amortisation und eine Umsatzbeteiligung gewährleistet werden. Allerdings wurden von einigen diese Beiträge als zu tief erachtet. Einige Kommissionsmitglieder wollten insbesondere eine Ungleichbehandlung gegenüber anderen Mietern im Haus, aber auch gegenüber anderen Gastronomen in der Umgebung nicht durch statische Hilfen ungleich behandeln müssen. So legte die Kommission im Bericht fest, dass eine Harmonisierung der Mietpreise innerhalb des Gebäudes angestrebt wird und ebenfalls die Konditionen marktüblicher ausgestaltet werden. Dies war der Kommission ein zentrales Anliegen und soll bei der finalen Aushandlung des Mietvertrags berücksichtigt werden.

Nachdem schon im Dezember aus der Kreuztabelle klar wurde, dass das Geschäft droht, an die Regierung zurückgewiesen zu werden oder abgelehnt wird, hat die BRK anlässlich ihrer vergangenen Sitzung darüber beraten, inwiefern ein gemeinsames Vorgehen der BRK sinnvoll wäre. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass man das Gesamtkonzept Kaserne jedoch nicht über den Haufen werfen möchte. Auch wenn niemand gänzlich zufrieden ist mit dem ursprünglichen Nutzungskonzept und den finanziellen Aspekten soll an dieser Stelle wie vorgesehen ein Restaurant einziehen und nicht etwa ein Quartierzentrums. Wenn man das anders sieht, so müsste man konsequenterweise den Reset-Knopf drücken und die Kaserne ganz neu denken. Die Kommission ist sich nämlich sehr einig darüber, dass die derzeitige



Situation mit dem Leerstand eines grossen Teils des Gebäudes sehr nachteilig auf die ganze Entwicklung der Kaserne und auch finanziell belastend wirkt.

Nachdem das Traktandum an der Dezembersitzung abgesetzt wurde, konnten sich die Mitglieder der Bau- und Raumplanungskommission auf einen gemeinsamen Änderungsantrag einigen, welcher die Gründe einer Rückweisung und Ablehnung adressieren möchte. Der von vielen kritisierte Vergabeprozess wird dadurch adressiert, dass eine neue Ausschreibung gemacht werden soll. Eine Ausschreibung unter Berücksichtigung der Ausbaukosten. Diese ist rechtlich möglich, wie das Finanzdepartement uns bestätigte. Im Zuge der Neuauusschreibung können die Schnittstellen nochmals überprüft und das Projekt entsprechend den Bewerbenden kostenmässig angepasst werden. Die 3,4 Millionen sieht die BRK das Kostendach an.

Beim Gesamtausbau der Kaserne wurde der Kostenrahmen um fast 2,5 Millionen unter der teuerungsbereinigten Ausgabenbewilligung unterschritten. Rein argumentativ gesehen wurden diese 2,5 Millionen für den Vollausbau nicht verwendet. Nun benötigt es für die Finalisierung des Konzepts einen Ausbau durch den Kanton, da sich ansonsten kein Bewerber, keine Bewerberin finden lässt. Ein Antrag innerhalb der BRK, den Wert der Ausgabe von 3,4 auf 2,356 Millionen zu reduzieren und als neues Kostendach festzulegen, wurde zwar mit 5 gegen 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt, aber die BRK möchte bei einer neuen Ausschreibung klar den Auftrag mitgeben, dass sich der Kanton nach Möglichkeit mit einem Beitrag nahe der 2,5 Millionen an den Ausgaben beteiligt und die Bewerbenden darüberliegende Beiträge selbst finanzieren oder diese marktgerecht amortisieren müssen. Dies schafft gleich lange Spiesse zu anderen Gastronomiebetrieben.

Ein dritter Punkt sind die durch die Aussenbewirtschaftung geplanten Einschränkungen der öffentlichen Nutzungsplätze, welche ohne Konsumzwang derzeit zur Verfügung stehen, beispielsweise für das Boule-Spiel. Die Kommission möchte die Massgabe, dass im gesamten Vorbereich des Kasernenhauptbaus gesamthaft maximal 425 m² für gastronomische Aussenraumsitzplätze bewilligt werden und somit insbesondere Flächen für öffentliche Nutzungen gewährt bleiben, in der Ausgabenbewilligung festsetzen. Dadurch gibt es eine Maximalnutzung über die gesamte Aussenfläche vor der Kaserne. Die durch Aussenbestuhlung künftig genutzten Aussenflächen werden somit weniger als ein Viertel der Gesamtaussenfläche einnehmen. Ein Änderungsantrag für eine Reduktion auf 300 m² fand hingegen keine Mehrheit, weil dadurch die Wirtschaftlichkeit der Betriebe kaum mehr möglich wäre, was wiederum die Risiken von Ausfällen und Mehrkosten für den Steuerzahler generieren würde. Ohne den Vollausbau bleibt die Fläche weiterhin ungenutzt, was nicht nur Kosten für den Kanton verursacht, sondern auch den Gesamtcharakter des Kasernenhauptbaus beeinträchtigt. Das ursprüngliche Konzept sah ausdrücklich die Nutzung der Fläche als Restaurant vor, um zur Belebung des Perimeters beizutragen.

Die BRK ist mehrheitlich der Ansicht, dass der vorgeschlagene Vollausbau des Restaurants im Hauptbau der Kaserne Basel ein wichtiger Schritt zur Vollendung des Projekts ist. Die Kommission beantragt daher dem Grossen Rat, der Ausgabenbewilligung mit dem nachträglich eingereichten Änderungsantrag zuzustimmen und die notwendigen Mittel in der Höhe von 3,43 Millionen Franken zu bewilligen. Dieser Beitrag versteht die BRK als Kostendach.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat geht das Wort an Regierungsräatin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Präsident der BRK hat das jetzt sehr ausführlich dargestellt, die Sachlage dieser Ausgabenbewilligung. Ich möchte daher nur ergänzen. Ich glaube, was wirklich ein wichtiger Punkt ist, es liegt nun über acht Jahre her, dass der Ratschlag zum Kasernenhauptbau vorgelegt wurde. Es ist viel Zeit vergangen, es gab auch Veränderungen, es gab Corona, wir haben jetzt auch intern gewechselt, es gab einen Zuständigkeitswechsel. Das haben wir gemacht, weil normalerweise im Dreirollenmodell ist es so, dass Immobilien Basel-Stadt, also das Finanzdepartement die Gewerberäume für ein Restaurant, für die Gastronomie auch vermietet. Das ist üblicherweise so. Man ist damals abgewichen und hat das aus einer Hand gemacht aus dem Präsidialdepartement und hat das dann weiter an IBS quasi unvermietet oder abgegeben. Das Konstrukt wurde etwas kompliziert, das haben wir alle auch mitbekommen, es gab auch Schwierigkeiten bei der Umsetzung, das konnte man aus den Medien entnehmen, das wissen Sie zum Teil auch. Und wir haben uns intern in der Regierung auch das angeschaut, wie wir das aufstellen wollen, wir wollen wieder näher an unser normales Modell und das finden wir auch sinnvoll.

Daher gibt es jetzt die Ausgangslage, und das hat die BRK auch erwähnt, dass die Bedingungen für die Mietenden, für die Gastronomie nicht gleich sind im Gebäude. Das ist mir ein wichtiger Punkt, da sind wir auch daran, das anzuschauen, weil damals die Ausschreibung darunter lief, dass man den Meistbietenden die Flächen angeboten hat. Und ich glaube, diese Illusion kann man heute nicht mehr haben, vor allem nach Corona weiss man, dass es bei der Gastronomie schwierig ist. Wir haben auch viel gelernt während Corona, weil wir die ganzen Zahlen erhalten haben von den Gastronomen. Wir haben auch gesehen, dass die Marge nicht extrem hoch ist und dass es ein schwieriges Umfeld ist, damit man wirklich ein sinnvolles Restaurant, ein sinnvoller Betrieb machen kann, der auch einen Umsatz generiert. Das alles konnten wir erfahren.



Man hat ja dann gesehen, der Vollausbau, diese Idee, dass jemand kommt und da investiert und alles selber umbaut, das hat sich gezeigt, das geht nicht. Und jetzt sind wir mit dem Konzept gekommen, wir bringen Ihnen einen konkreten Vorschlag, weil was mir wichtig ist, ich wollte nicht als Staat vorausgehen und sagen, was wir umbauen sollen und einfach ins Blaue hinaus einen Umbau finanzieren und nachher ein Pächter suchen. Das ist schwierig, weil ich finde, wir als Kanton, wir sind nicht Gastronomen, das sollen die Gastronomen entscheiden. Das wäre der Hauptgrund für diesen Modellwechsel. Der hat jetzt auch zu gewissen Irritationen geführt, das kann ich verstehen, war bei uns ja auch eher ein Experiment, das erste Mal so, daher bin ich auch bereit, dass wir hier jetzt etwas darauf eingehen, was uns auch die Kommission sagt und versuchen, einander näher zu kommen und einen Kompromiss zu finden. Das ist auch der Grund, warum ich bereits auf den Antrag eingehen möchte, weil es mir ein Anliegen ist, dass Sie das Geschäft nicht zurückweisen, sondern dass wir heute hier in der Eintretensdebatte einen Kompromiss finden.

Die Regierung hat sich da zwar nicht dazu benommen, also wir halten an unserem Antrag fest. Wir haben das jetzt nicht nochmal aufgerollt, aber der Antrag der BRK ist so möglich und umsetzbar. Wir unterliegen nicht dem Beschaffungsgesetz und haben daher auch eine gewisse Freiheit, welche Bedingungen wir setzen und wie wir das konkret umsetzen. Es wird das Projekt zwar etwas verzögern, ein halbes Jahr bis ein Jahr, aber immerhin wäre es schneller, als wenn wir es jetzt zurückweisen. Und ich glaube, alle, die den Kasernenhauptbau kennen und die Problematik, wissen, dass es wichtig ist, dass es dort weitergeht, dass wir es schaffen in absehbarer Zeit, dort in diesem Westflügel ein Restaurant machen können, dass auch diese tolle Terrasse genutzt werden kann, dass der Raum besser bespielt wird, ich glaube, alle, die das kennen, wissen, dass das wirklich wichtig wäre.

Vielleicht zuerst unten angefangen beim Außenraum. Da ist es mir wichtig zu sagen, dass die 300 m², der Antrag, das wäre schwierig, weil bereits der jetzige Gastronom hat 289 m², da wäre dann eigentlich nichts mehr möglich. Beim Antrag der BRK, das ist machbar. Ich denke, es ist auch aus unserer Sicht wichtig, dass wir nicht etwas verdrängen, was bis jetzt gut funktioniert. Dort ist aber auch die Stadtgärtnerie und das BVD dabei zu schauen, wir haben dort das Thema Tischtennistisch, wir haben dort noch andere Themen, ich denke, dass man dort einen guten Kompromiss finden kann. Daher ist der Raum, der vorgeschlagen wird in der BRK, aus unserer Sicht machbar.

Die Ausschreibung ist auch machbar und jetzt, welche Bedingungen. Ich kann Ihnen heute zusichern, das ist, soweit ich weiß, in meiner Kompetenz, wir werden eine fixe Basismiete, das wären sowieso die Idee gewesen, machen, das gibt es immer. Es gibt eine Umsatzmiete, ich denke, das macht auch immer Sinn, wenn es wirklich gut läuft, damit wir nahe am Markt sind und wir auch davon profitieren, und dann werden wir dann Amortisationsbeitrag für den vorfinanzierten Mieterausbau erhöhen. Es sind 3,43 Millionen und wie der Präsident der BRK ausgeführt hat, sind wir zu rund 2,4, 2,5 Millionen unter der Gesamtabrechnung. Wir haben das jetzt mit diesen 2,5 Millionen gerechnet. Die 2,5 Millionen würden wir weiterhin beitragen, das war auch so vorgesehen, und dann diese restliche Million, diese 930'000 würden wir auf den Mieter abwälzen. Das kann man entweder als Einmalbeitrag bezahlen, was zum Teil eher schwierig ist, oder als Amortisationsbeitrag. Dies würden wir als Bedingung in der Ausschreibung nehmen, da ich gehört habe, das wäre wichtig für den Kompromiss und das kann ich Ihnen hier zusichern und zu Protokoll geben, dass wir das so machen werden.

Was ich aber auch machen werde, da es wirklich jetzt ein schwierigeres Geschäft war und ich auch gespürt habe, dass das Vertrauen in unser Vorgehen nicht immer da war, das kann ich auch verstehen, weil da man zweimal ausgeschrieben und alles gewechselt und geändert hat und man weiß dann nicht so genau, was ist passiert, was waren die Bedingungen, warum hat sich kaum jemand gemeldet, da gab es viele Fragen. In der Kommission konnten wir das gut diskutieren und diese anscheinend auch grösstenteils überzeugen, aber das Parlament war da sehr viel skeptischer. Daher möchte ich, wenn wir das machen, wenn Sie uns diesen Auftrag geben, dann werden wir ausschreiben und wir werden den Präsidenten der BRK, die Präsidentin, das wird ja neu gewählt, und der oder die Vizepräsidentin einladen, an der Jury teilzunehmen. Ich glaube, für das Vertrauen und für diese spezielle Situation scheint mir das ein guter Vorschlag. Den müssen Sie dann nicht annehmen, aber es wäre für uns auch einfacher, damit wir hier wirklich am Ende einen guten Vorschlag haben und für unsere Stadt auch den Kasernenhauptbau verbessern können. Das ist mir einfach wichtig, ich wollte, dass Sie das jetzt wissen.

Ich werde das zusichern, vor allem den Amortisationsbeitrag, dass hier quasi die Schlussabrechnung der Kaserne dann wirklich abgeschlossen hat mit dem Budget, das wir hatten. Wir investieren diesen Beitrag à fonds perdu, diese 2,5 Millionen und den Rest, den wir vorfinanzieren, schlagen wir dann entweder auf die Miete oder ein Pächter übernimmt ihn. Das war mir jetzt sehr wichtig. Das heißt, ich bitte Sie hier, vor allem das Geschäft nicht zurückzuweisen, dass wir das heute so zu Ende beraten können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten und da zuerst zur FDP und Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Heute zerbröckelt ein weiterer Baustein des rot-grünen Prestige-Projekts Kaserne, welches unter Führung von Guy Morin entgegen allen Warnungen von unserer Seite durchgedrückt wurde und nun konfrontiert mit der Realität Stück für Stück betriebswirtschaftlich in sich zusammenfällt. Heute zeigt sich ein weiteres Mal, dass die



selbsttragende Finanzierung des Betriebs im Kasernenhauptgebäude ohne weitere Steuergelder, wie es uns damals versprochen wurde, ein Märchen ist. Vielleicht kommt auch daher das fehlende Vertrauen.

Heute sollen wir also weitere fast 3,5 Millionen Franken sprechen, ohne die es angeblich nicht geht. Hierfür werden allerlei akrobatische Verrenkungen vorgeführt, die mich, wäre ich Zirkusbesucher, schwer beeindrucken würden, nachvollziehbar sind sie jedoch nicht. So hat die Verwaltung uns vorgerechnet, dass die Investitionskosten amortisiert werden sollen. Wenn Sie die Angaben im Ausgabenbericht nachrechnen, kommen Sie auf eine Amortisationsdauer von über 67 Jahre und im gleichen Bereich steht dann allerdings, dass nach 50 Jahren das Gebäude erneuert werden muss. Das wirft vielleicht schon mal grundsätzliche Fragen auf.

Dann machen wir weiter mit der Aussenraumnutzung, vor allem auf der Rheinebene vor der Kaserne. Da gibt es im Kommissionsbericht eine klare Ansage. Ich zitiere: «Die Aussenraumplätze sind für das Funktionieren des Betriebskonzepts unerlässlich». Und die vorgesehene Pächterin, zumindest bisher vorgesehene Pächterin sagt in der Zeitung klar und deutlich, eine wirtschaftliche Nutzung ohne Aussenbestuhlung an dieser Lage ist so nicht möglich. Im Sommer wäre das ein Witz. Mit anderen Worten, kann dieser Aussenraum nicht oder nur eingeschränkt genutzt werden, bricht das ganze Finanzierungskonzept in sich zusammen.

Nun wissen wir aber jetzt schon, dass gegen diese Aussenraumnutzung erheblicher Widerstand angekündigt wurde. Ein Teil dieses Widerstands findet sich hier im Saal, ein Teil kommt von Boule-Spielerinnen und -Spieler vor Ort. Was sind die Konsequenzen? Es wird Einsprachen geben, welche die ganze Inbetriebnahme des Aussenraums vielleicht nicht verhindern, aber sicher erheblich verzögern werden. Es geht mir nicht darum zu beurteilen, ob diese Einsprachen erfolgreich sein werden oder nicht, das müssen die zuständigen Behörden und Gerichte entscheiden, aber das ist Zeit, in der von diesem Aussenbereich keine Einnahmen fliessen werden. Wie soll dann die Pächterin ihre Miete bezahlen?

Dann habe ich Kollege Brigger im Fernsehen gehört, dass es im Innenhof der Kaserne «tötelet» und dieses Restaurant für Belebung sorgen werde. Nur, das Restaurant würde gar nicht in Richtung Innenhof rausstühlen, sondern auf die Terrasse und vielleicht dann nach vorne zum Rhein. Inwiefern das den Innenhof der Kaserne beleben würde, bleibt mir ein Rätsel. Und dann kommt nun noch der Antrag der BRK, der versucht zu retten, was eigentlich nicht zu retten ist. Maximal 425 m² sollen für gastronomische Aussenraumsitzplätze bewilligt werden und es soll eine neue Ausschreibung geben. Ob letzteres rechtlich auf diesem Weg überhaupt möglich ist, nachdem man eigentlich ja bereits entschieden hat, kann ich nicht beurteilen, muss ich hier also offen lassen, Frau Regierungsrätin Soland sagt, es ist so und darauf verlassen wir uns.

Also lassen wir das mal beiseite und fokussieren wir auf den Aussenraum. Die Kommission hat uns hierzu verdankenswerterweise in ihrem Bericht eine grafische Darstellung abgedruckt. Rechnen wir zusammen, das Café Walther nutzt heute 271 m², das Restaurant soll 158 m² nutzen, macht 429 m², also 4 m² mehr als im Antrag vorgesehen. Diese 4 m² liessen sich wohl verschmerzen, nur, wir haben ein laufendes Einspracheverfahren über die Nutzung desselben Aussenraums durch eine Gelateria. Sie wollen also direkt in ein laufendes Verfahren eingreifen und die Gelateria für das Restaurant opfern. Dann fehlen halt dort wieder Mieteinnahmen. Oder die Gelateria setzt sich durch, dann muss beim Restaurant entsprechend Raum abgezwackt werden, um die Vorgabe zu erfüllen, damit dann dort wieder weniger Einnahmen resultieren, wodurch die finanzielle Rentabilität des Restaurantbetriebs in Frage gestellt wird. Egal, wie Sie es drehen und wenden, es geht vorne und hinten einfach nicht auf, mit dem Antrag des GAB erst recht nicht. Und dann haben wir ja noch die Frage, neue Ausschreibung gegen Verlässlichkeit gegenüber Zusagen, die man eigentlich bereits getätigkt hat. Das ist dann nochmals eine andere Frage.

Es braucht, davon sind wir überzeugt, für diese Räumlichkeiten eine kommerzielle Nutzung mit einem Finanzierungskonzept, welches Hand und Fuss hat. Dabei könnte es helfen, sich von der Fixierung auf ein gastronomisches Angebot zu lösen und sich für andere Möglichkeiten zu öffnen, die keinen derart teuren Innenausbau fordern und mit weniger Investitionen, die man dann privat auch stemmen kann, Miettertrag generieren. Da wehren wir uns auch gegen diese Drohung, die da im Raum steht, wenn man heute nein sage, kommt da dann halt eine Kita oder ein Quartierzentrum rein. Mal abgesehen davon, dass daraus eine gewisse Geringschätzung für diese beiden Institutionen durchdrückt. Wenn der Regierungsrat nicht bereit ist, seriös zu prüfen, ob es alternative kommerzielle Nutzungen gibt, wäre das, sofern es heute zu einer Rückweisung kommt, eine Arbeitsverweigerung.

Die FDP-Fraktion ist nicht bereit, weitere fast 3,5 Millionen Franken Steuergelder in die Kaserne zu stecken. Wir haben nachdrücklich davor gewarnt, dass das Betriebskonzept, welches uns damals vorgelegt wurde, nicht funktionieren wird, leider haben wir recht behalten. Vielleicht sind Sie aufgrund der Erfahrung der letzten Jahre heute ja etwas empfänglicher für unsere Warnung. Die FDP-Fraktion beantragt Ihnen jedenfalls die Rückweisung dieser Ausgabenbewilligung. Dies gibt dem Regierungsrat die Gelegenheit zu erkennen, dass er sich hier wirklich verrannt hat und einen neuen wirtschaftlichen Weg einzuschlagen, sozusagen den Reset-Knopf zu drücken, wie es der Kommissionspräsident genannt hat. Sollte die Rückweisung keine Mehrheit finden, werden wir die Ausgabenbewilligung ablehnen.



Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Die Mitte-EVP-Fraktion hat ein Offen bei diesem Geschäft. Ein grösserer Teil der Fraktion möchte den BRK-Bericht an den Regierungsrat zurückweisen. Ein kleinerer Teil will dem Änderungsantrag der BRK zustimmen und dann den BRK-Bericht gutheissen.

Ein Argument gegen das neue Restaurant in unserer Fraktion war, dass es am Rhein bereits genügend Buvetten und Restaurants gibt und ein neues Restaurant wohl nicht rentieren würde. Ein anderes Argument war, dass der Ausbau des Restaurants mit zwei Küchen unnötiger Luxus sei. Eine Küche würde reichen. Das Argument für zwei Küchen ist jedoch, dass bei schönem Wetter wohl nur die Aussenfläche am Unteren Rheinweg offen hat und dann die Küche auf der Ebene des Kasernenhofes zu weit weg und umständlich für das Servicepersonal wäre. Deshalb braucht es auch eine Küche auf dem Niveau Unterer Rheinweg. Wenn es eine Neuaußschreibung gibt, kann meiner Ansicht nach gerne mit den neuen bewerbenden Gastronomen und Gastronominnen nochmals diskutiert werden, ob es unbedingt zwei Küchen braucht. So könnten allenfalls die Investitionskosten für den Kanton reduziert werden.

Ein weiteres Argument ist das Vorgehen der Ausschreibung respektive der Vergabe. Nach dem Entscheid, dass der Vollausbau des Restaurants durch den Kanton finanziert wird, hätte die Vergabe neu ausgeschrieben werden müssen. Dieser Meinung ist auch die Mitte-EVP-Fraktion. Als BRK haben wir unter anderem deshalb den vorliegenden Änderungsantrag eingereicht. Mit diesem soll es eine Neuaußschreibung geben, wo sich alle Interessierten bewerben können und eine Marktmiete festgelegt werden soll.

Wichtig zu wissen ist, dass dieses neue Restaurant in der Kaserne, über welches wir heute befinden, bereits bei der im Jahr 2016 durch den Grossen Rat bewilligten Gesamtsanierung geplant wurde. Wenn hingegen ein Quartiertreffpunkt oder ähnliches in diese Räumlichkeiten gebaut wird, muss trotzdem ein Ausbau durch den Kanton finanziert werden und dann würde es keine monatlichen Mieteinnahmen für die Staatskasse geben wie bei einem Restaurant. Übrigens wurde der Kostenrahmen, wie wir es schon gehört haben, der Gesamtsanierung der Kaserne um 2,356 Millionen Franken unterschritten. Wenn man diesen Betrag anrechnet, würde der Ausbau des Kasernen-Restaurants netto nur noch 1,074 Millionen Franken kosten.

Mit dem BRK-Änderungsantrag wird die Aussenwirtschaftsfläche auf dem ganzen Perimeter auf 425 m² beschränkt. In dieser Nutzungsfläche ist auch die geplante Gelateria inbegriffen. So wird es weiterhin genügend Platz für öffentliche Nutzungen wie das Boule-Spiel haben. Den Änderungsantrag für eine Reduktion der Aussenfläche auf 300 m² lehnt die Mitte-EVP-Fraktion jedoch ab. Ein Restaurant am Rhein benötigt eine genügend grosse Aussenfläche, damit es rentabel betrieben werden kann. Wenn Sie aber heute den BRK-Bericht zurückweisen, werden diese Räume an der tollen Lage weiterhin auf unbestimmte Zeit leer stehen. Wenn wir aber dem BRK-Bericht mit dem Änderungsantrag der BRK zustimmen, wird das Restaurant in absehbarer Zeit gebaut. Das Kasernenareal gewinnt an Attraktivität und es fliessen Mieteinnahmen in die Staatskasse.

Wie gesagt, die Mitte-EVP-Fraktion hat ein Offen beschlossen. Ich persönlich möchte Ihnen ein Ja zum BRK-Bericht und zum BRK-Änderungsantrag ans Herz legen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Der rheinseitige Aussenbereich der Kaserne wird Stück für Stück kommerzialisiert. Wir sehen es auch jetzt jeden Sommer, die Aussenbestuhlung des Walther Restaurants breitet sich deutlich über den dafür vorgesehenen Bereich aus. Nicht unbedingt, weil es die Betreibenden wollen, die Gäste nehmen die Stühle und Tische und stellen sie so hin, wie es für sie am besten passt. Das kann ich auch nachvollziehen, wenn man eine grössere Gruppe ist, stellt man halt ein paar Tische zusammen, es stellt sie aber niemand mehr zurück und offenbar kontrolliert das auch niemand. Dass jetzt neben dem Walther und dem heute diskutierten Restaurant plötzlich auch noch die Gelateria aufgetaucht ist, das war für viele der letzte Tropfen, der das Fass definitiv zum Überlaufen gebracht hat.

Interessanterweise sagt der Regierungsrat in seiner Antwort auf die Petition der Boule-Spielenden, er sieht da kein Problem darin, trotz Gelateria und Restaurants und was auch sonst noch geplant ist, sei das überhaupt kein Problem, das Boule-Spiel könnte weiterhin möglich sein. Auf das Restaurant wurde in der Antwort aber nicht eingegangen. Das hatte der Regierungsrat offenbar nicht auf dem Radar, dass da neben der Gelateria noch weitere Aussenflächen gebraucht werden, bei der Allmendverwaltung hatte man es offenbar nicht auf dem Radar, das auch ein Restaurant geplant ist. Es fehlt, das müssen wir so konstatieren, sowohl der Regierung wie der Verwaltung einen Gesamtüberblick, das Verzetteln über die verschiedenen Departemente tut diesem Raum nicht unbedingt gut.

Wer jetzt aber denkt, dass nur die Gelateria das Problem sei, liegt aber falsch, auch wenn diese nicht kommt, oder ohne Aussenbewirtschaftung würde der öffentlich nutzbare Aussenbereich durch das heute diskutierte Restaurant stark weiter eingeschränkt, so dass die Boule-Spieler*innen, aber auch andere Menschen, die ohne zu konsumieren da sind, zwischen



den beiden Restaurantbetrieben eingequetscht würden und kaum noch Platz haben. Ein freies Boule-Spiel, das gemütliche Zusammensein, das Musik hören oder das Familienfest mit Picknick, wie wir das heute regelmässig sehen, wäre nur noch beschränkt und während den Öffnungszeiten der Restaurants kaum noch möglich. Statt mehr Belebung, was heute sich alle versprechen, brächte dieses Restaurant eine Verdrängung des Lebens auf dem Vorplatz.

Dem Rhein entlang reiht sich bereits jetzt eine Buvette an der anderen. Flächen, die einfach so genutzt werden können, werden immer weniger. Es scheint, als würde unser Kanton Leben im Sinne eines belebten öffentlichen Aussenraums an den Umsatzzahlen von Buvetten und Restaurants messen. Menschen, die einfach nur so da sind oder wenn sie dann konsumieren, dann das Büchsen-Bier aus dem Quartier-Lädeli, diese Menschen zählen offenbar nicht. In derselben Logik wird uns jetzt eben dieses Restaurant als Belebung des kHaus versprochen. Wir können diesen Wunsch sehr gut nachvollziehen, denn entgegen dem öffentlichen Raum vor dem Haus ist das Haus selber tatsächlich sehr leer und auch unbelebt. Aber jetzt einfach etwas zu machen, damit etwas gemacht ist, bringt halt eben auch nichts.

Erstens bringt eine weitere Beiz kaum die gewünschte Belebung des Hauses. Die Leute gehen rein, raus, essen, trinken da, sie müssen dafür aber nicht mal durch die Plaza oder durch das kHaus sonst irgendwie durchkommen, da irgendetwas machen, sie haben einen separaten Eingang, es ist dasselbe, wie wenn ein Restaurant neben dem kHaus wäre. Und zweitens, ich denke, das ist der wichtigste Punkt, deshalb betone ich es hier noch einmal, würde die Gastronutzung gerade die lebendige und vielfältige Nutzung vor der Kaserne verdrängen. Also statt mehr Leben gibt es weniger Leben und das für einen sehr hohen Preis. Ich weiss nicht, ob das wirklich ein guter Deal ist. Ich glaube, wir haben etwas nicht zu wenig entlang des Rheins auf der Kleinbasler Seite und das ist überteuerter Bier und ich finde es nicht richtig, dass wir hier nochmals in das investieren.

Der Änderungsantrag der BRK macht es für uns leider auch nicht besser. Zwar geht die Begrenzung der Gastronomiefläche vor dem Haus in die richtige Richtung, er bringt aber für die öffentlichen Nutzungen ohne Konsumzwang keine wesentliche Verbesserung. Sie würden auch mit dieser Änderung zwischen Walther und dem neuen Restaurant zusammengedrängt. Ein Boule-Spiel wäre vielleicht noch ganz eingeschränkt möglich, Turniere, wie sie heute gespielt werden da, wären nicht mehr möglich und die spontanen Nutzungen mit Lautsprechern, usw., ich glaube, Sie können sich das selber vorstellen, dass das ziemlich schwieriger wird zwischen zwei Aussenbewirtschaftungen, wenn da Leute einfach tanzen und Musik hören wollen.

Und diese zwingende Neuaußschreibung, die hier noch reingekommen wird, die sehen wir auch äusserst kritisch, ausser eine weitere Verzögerung und die Gefahr, dass dann am Schluss irgendeine Kette kommt, bringt es nichts. Eine hohe Miete ist offenbar wichtiger, als dass die Betreiberin, der Betreiber zum Ort passt und dass man da auch einigermassen bezahlbar konsumieren kann.

Wir sind ganz klar der Meinung, anstatt überhastet hier über einen Änderungsantrag zu versuchen, ein schlechtes Projekt irgendwie zu retten, einfach damit man irgendetwas beschlossen hat, sollte man dieses Projekt zurückweisen für etwas, das dann wirklich durchdacht ist und nicht nur das Isolierte lösen an einer Ecke des kHaus, sondern das ganze kHaus mitdenken. Weiterhin strategielos Millionen in dieses Haus zu buttern, bringt aus unserer Sicht nichts, wenn weder die Plaza noch der Kaserneninnenhof irgendwie mehr genutzt würden dadurch. Aus unserer Sicht muss ein neues Projekt, ob jetzt das ein Gastroangebot ist oder etwas anderes, ich denke, hier wäre tatsächlich etwas mehr Kreativität auch möglich, tatsächlich einen Beitrag zum Funktionieren des kHaus leisten und damit meine ich jetzt nicht primär die Mieteinnahmen, ich weiss das aus anderen Fraktionen, ist das primär notwendig, uns geht es darum, dass das Haus als Treffpunkt, als Haus insgesamt funktioniert. Ob da ein paar tausend Franken mehr oder weniger reinkommen, sollte aus unserer Sicht nicht entscheidender Punkt sein, aber es gibt sicher auch andere Nutzungen, abgesehen von einem Restaurant, das irgendwie Miete bezahlen kann.

Aus unserer Sicht braucht es eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Aussenraum und mit Aussenraum meine ich jetzt nicht nur die Rheinseite, sondern insbesondere eben auch der Innenhof. Eine Neunutzung oder mehr Nutzung braucht es im Innenhof und nicht auf der Rheinseite. Und ganz klar auch als Auftrag für die Rückweisung, die unkommerziellen Nutzungen, der öffentliche Treffpunkt darf nicht verdrängt werden.

Es wurde bereits angetont, wir haben einen Änderungsantrag gestellt auf 300 m² für den Aussenraum. wir werden diesen stellen, ganz formell, falls die Rückweisung abgelehnt wird. Diese 300 m² entsprechen der Fläche, die ursprünglich in den Plänen des kHaus auf dem Vorplatz eingezeichnet wurde. Also wenn Sie da zurückblättern, vor ungefähr zehn Jahren haben wir mal Pläne gehabt und da sind auf dem Vorplatz draussen auf der Rheinseite so Tischchen und Stühlchen eingezeichnet. Das war das, wo man davon ausgegangen war, was etwa als Aussenraum genutzt wurden, das sind die 300 m². Also deutlich weniger als hier jetzt geplant ist, selbst mit dem Antrag der BRK. Und es ist schon bezeichnend, dass dem Walther bereits ungefähr diese Fläche gegeben wurde, der Walther-Buvette, ohne dass man sich irgendwie hier Gedanken gemacht hat, ob es ein Problem sein könnte.

Ich kann Ihnen nur nochmals empfehlen, dieses Projekt zurückzuweisen, hier eine saubere Lösung zu machen, etwas, das hoffentlich dann wirklich funktioniert, anstatt hier diese Millionen zu sprechen für ein Projekt, ich prophezeie, das wird nicht funktionieren, aber das hat ja offenbar nicht so einen riesigen Einfluss. Ich kann einfach noch sagen, dass falls sowohl Rückweisung und Änderungsantrag von uns abgelehnt wird, unsere Fraktion grossmehrheitlich das Geschäft ablehnen wird.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Frau Zürcher, nehmen Sie die Zwischenfrage von René Brigger an? Sie wird angenommen.

René Brigger (SP): Tonja Zürcher, nur kurz, sind Sie tatsächlich der Ansicht, wenn der Änderungsantrag der BRK durchkommt, dass das Boule-Spiel verunmöglicht wird?

Tonja Zürcher (GAB): Wie ich ausgeführt habe, wird das Boule-Spiel in einer sehr eingeschränkten Form, also wahrscheinlich auf einer Bahn, also es sind keine Bahnen auf der Fläche, auf einer Bahn noch stattfinden können, aber nicht mehr, dass verschiedene Gruppen zusammen spielen können und alle anderen Nutzenden hätten keinen Platz mehr.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zum Sprecher für die SVP, Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Was wir heute hier erleben, ist der etwas aus meiner Sicht unvernünftiger Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln. Sie versuchen, diesen Pudding jetzt schon sehr lange an die Wand zu nageln und Sie wollen immer noch nicht begreifen, dass Sie diesen Pudding an die Wand nageln probieren können, er wird nicht dort bleiben. Und das, was wir jetzt erlebt haben seit der letzten Grossratssitzung, ich muss es sagen, meine Damen und Herren, ich erachte das als unseriöse Arbeit der BRK. Sie kommen heute eigentlich mit einem Grossratsbeschluss und einem Antrag, der etwas völlig anderes aussagt als das, was sie noch vor wenigen Wochen uns hier in diesem hohen Hause beantragt haben. Das erachte ich nun wirklich bei diesem Geschäft, über das wir auch schon in der gesamten Vorlaufzeit und der gesamten Vorgeschichte kennen und schon lange diskutieren, für wirklich unseriös. Und das überzeugt die SVP-Fraktion mehr denn je, dass wir heute hier die Rückweisung dieses Geschäftes beantragen und eventualiter, wenn diese Rückweisung scheitern würde, dieses Geschäft auch ablehnen werden.

Vieles, was meine beiden Vorredner Luca Urgese und Tonja Zürcher gesagt haben, stimmt völlig. Ich war mit Luca Urgese vor ganz vielen Jahren, obwohl wir noch nicht so alt sind, in der vorberatender Kommission der Bildungs- und Kulturkommission und haben uns damals von Philippe Bischof, der war noch Kulturamtsleiter, und vom damaligen Regierungspräsidenten in vielen Sitzungen blumig erklären lassen dürfen, wie toll diese neue Kaserne werden wird, wie toll das funktioniert und wie alles super sein wird. In der Zwischenzeit wissen wir, dass sehr wenig in der Amtszeit von Herrn Morin und von Herrn Bischof tatsächlich auch super wurde. Und als wir dann aber kritisch nachfragten und genauere Zahlen in der BKK erhalten wollten, weil wir schon damals der Ansicht waren, es wird nicht funktionieren, hat man sie uns erst sehr spät geliefert. Und was ist danach passiert? Dieses Geschäft dieser Kaserne ging nicht einfach flutschig durch den Grossen Rat.

Und auch Frau Regierungsrätin Soland, auch mit dem Hut als Finanzdirektorin, es gab dazu eine Volksabstimmung. Sie haben der Bevölkerung ein Versprechen abgegeben, was die Kosten anbelangt. Sie brechen dieses Versprechen, indem Sie heute weitere Steuermillionen in die Hand nehmen und vielleicht aus dem Fenster werfen wollen. Das ist unehrliche Politik gegenüber der Stimmbevölkerung. Hören Sie auf, den Menschen etwas vorzugaukeln, was nicht funktionieren wird. Sie haben es doch gesehen, alleine schon, dass die BRK nun über Weihnachten und Neujahr, ich frage mich, an wie vielen Sitzungen das gemacht werden konnte, mit einer völlig neuen Ausgangslage hier nun vortritt.

Und Frau Regierungsrätin Soland, fast wie im Zirkus, hat es Herr Urgese vorher erwähnt, nun noch auf die Idee kommen, dass der Präsident der BRK und eine Vizepräsidentin der BRK in einer Jury sitzen sollen, dass das nun das Geschäft besser machen soll, das halte ich für absolut unglaublich. Das ist im Übrigen auch aus Sicht der Governance mehr als fragwürdig, wenn Sie nun auf diesem Wege dann noch das Parlament in die Mitverantwortung ziehen wollen. Das ist unverantwortlich. Seien Sie doch so ehrlich und sagen Sie, das, was geplant war, hat nicht funktioniert und es wird auch mit diesem Änderungsantrag der BRK nicht funktionieren.

Und ich finde auch diese Argumentation, Herr Brigger hat das ja im Telebasel gesagt, es «tötelet» und deshalb braucht es das nun. Ich finde, das ist völlig falsch, die Kaserne «tötelet» in diesem Bereich nicht. Es ist eine Frage des Wetters, bei schönem Wetter, das hat Frau Zürcher richtig gesagt, ist dieser Bereich heute hervorragend genutzt, im Gegenteil, er ist vielleicht sogar übernutzt. Es braucht dort nicht eine zusätzliche Aufwertung durch ein Restaurant. Und an den Tagen, an denen es eben nicht gutes Wetter ist, bleibt es ein Gebiet, das vielleicht eher etwas trist ist. Daran wird aber ein solches Restaurant auch nichts ändern, denn wir wissen das doch aus der Gastronomie, lesen Sie doch die Berichte über Betriebe, die zugehen. Viele beklagen sich schon heute, dass die Frequenz zu tief ist, weil unter anderem auch vieles zu wenig belebt ist und das wird doch bei diesem neuen Projekt dann auch nicht anders sein.



Dieses Restaurant wird doch nicht langfristig sich tragen können. Erst recht nicht, wenn Sie jetzt mit einer neuen Ausschreibung dann noch die Kosten für die Ausstattung auf den Restaurant-Mieter umwälzen wollen, der dann das als Risiko auch noch mittragen muss. Klar, er erklärt sich dazu bereit, es mitzutragen, aber ob er es dann langfristig mittragen kann, ist ja eine andere Frage. Und ich meine, was bleibt dann, wenn ein Restaurant in einem Jahr oder in zwei Jahren zugeht, weil er es nicht mehr wirtschaftlich tragen kann, dann bleibt dieser Ort wieder leer und der Kanton bleibt auf diesen Kosten sitzen und das Projekt wird dadurch auch nicht besser. Ich glaube, wir vergeben uns nichts, wenn wir dieses Geschäft nun an den Regierungsrat zurückweisen und ihm die Gelegenheit geben, noch einmal vertieft über die Bücher zu gehen. Den Reset-Knopf zu drücken, scheint uns jedenfalls sehr richtig zu sein.

Und nun auch diese Flächendiskussion, die Sie angesprochen haben, in den Anträgen der BRK, aber auch in den Anträgen des Grün-Alternativen Bündnisses betreffend der Allmendfläche, diesem doch auch etwas komischen Versuch, nun noch den Bedürfnissen der Boule-Spielerinnen und Boule-Spieler entgegenzukommen, das finde ich zwar schön, dass man nun plötzlich an die Boule-Spieler denkt, nachdem man sie vorher vergessen hat, nur streicht man einfach damit irgendwie das Konzept der Gelateria, wie Herr Urgese erwähnt hat, schafft damit unabhängig der rechtlichen Ausgangslage ein neues Problem und macht damit nichts, was letztlich irgendwie der Gesamtsituation einen grösseren Gefallen macht. Also wir finden schon, dass hier in diesem Geschäft derart viel schräg läuft, dass wir nichts verlieren, wenn wir noch einmal zurückgehen.

Und es wäre vielleicht auch einmal an der Zeit, gut, Frau Regierungsrätin Soland hat dies heute zumindest in abgeschwächter Form getan, zuzugeben, dass das, was damals geplant war, einfach falsch war. Diejenigen, die in diesem hohen Hause davor gewarnt haben, haben recht bekommen. Wir feiern deshalb nicht, Herr Urgese, aber es ist einfach so, wir haben davor gewarnt, Sie haben es nicht hören wollen, der Regierungsrat hat es nicht hören wollen und nun haben wir dieses Debakel und besprechen dieses Thema dieses Restaurants im Kasernenhof zum x-mal und halten fest, dass auch nach dem x Versuch wir noch einmal eine Schlaufe jetzt nehmen mussten. Diese Schlaufe zu nehmen, glaube ich, ist richtiger, wenn wir es machen, indem wir das Geschäft an den Regierungsrat zurückweisen.

Ich bitte Sie deshalb, der SVP-Fraktion zu folgen, zurückzuweisen und wenn dies nicht gelingt, das Geschäft abzulehnen, dann sind wir wieder auf Feld 1, ja, aber wir glauben, das ist für dieses Geschäft der richtige Weg.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Thüring, die Zwischenfragen von der Herren Furlano und Bucher? Sie werden angenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Ganz viel, was Sie gesagt haben, Joël Thüring, ist absolut meiner Meinung, vor allem auch, dass von Anfang an einfach miserabel geplant worden ist in einer anderen Ära, das können wir nicht mehr rückgängig machen. Eine kurze Frage, was sind in Ihren Augen die Alternativen, wenn man jetzt den Rohbau, es ist ja ein Rohbau, wie ich es verstanden habe, so lassen? Was ist die Alternative und wie viel kostet die Alternative jetzt?

Joël Thüring (SVP): Das sind die guten Fragen, diese Fragen bekommen Sie beantwortet von der Regierung mit einer Rückweisung. Das ist die Aufgabe des Regierungsrates, das zu tun, von niemand anderem.

Erich Bucher (FDP): Joël Thüring, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie zuerst einen sauberen Business Case wollen, bevor wir dem Geschäft zustimmen können?

Joël Thüring (SVP): Ja, so wie man es sich von der Privatwirtschaft eigentlich gewohnt ist, wobei es ist auch dort nicht immer so wahrscheinlich, aber ja, das wünsche ich mir. Wir sollten mutig sein und jetzt einen Schritt zurückgehen und uns verinnerlichen, dass man einen Pudding nicht an die Wand nageln kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wie beim Sprecher für die LDP, Gabriel Nigon.

Gabriel Nigon (LDP): Dieses Thema wurde in unserer Fraktion intensiv diskutiert. Das Nutzungs- und Finanzierungskonzept der Kaserne wurde dabei generell kritisiert. Stein des Anstoßes war insbesondere die indirekte Subventionierung eines privaten Restaurantbetriebes und die damit verbundene Wettbewerbsverzerrung. Neu soll nun gemäss Frau Regierungsrätin Tanja Soland die staatliche Investition von rund einer Million Franken durch die Restaurantbetreiber amortisiert werden. Neu



wird auch die BRK bei der Jurierung miteinbezogen. Somit sind neu für eine Mehrheit der LDP die grössten Vorbehalte ausgeräumt.

Aus all diesen Gründen folgen wir dem Änderungsantrag der BRK und ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit. Für Zwischenfragen stehe ich zur Verfügung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine Zwischenfragen. Damit sind wir beim Sprecher für die SP, Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Gabriel Nigon, vielleicht hätte ich Ihnen eine Zwischenfrage gestellt, wenn ich nicht noch selber sprechen hätte können oder jetzt auch darf. Ich bin auch so in dieser fast epischen Diskussion um diese Kaserne. Der ursprüngliche Vorschlag, beginnen wir mal da, das kann ich noch so knapp überblicken, 2016 hatte man ein Konzept, man hat diese 44,6 Millionen Franken bewilligt, und darin ging es um diese bauliche Öffnung. Man hatte quasi eine Gesamtbetreiberin gesucht und man hatte eine Flankierung, Ost und West, mit einer gastronomischen Nutzung. Über das haben Sie, die älteren hier drin, schon debattiert, ich nicht, aber so habe ich das verstanden. Dann hat man quasi diese Gesamtbetreiberin gefunden, es ist ja nicht so, dass diese Kaserne gar nicht funktioniert, man hat auch Osten besetzt und im Westen hatte man ein Problem. Weil die Ausschreibung, wo der Vollausbau auf Seite der Mieterin funktionieren sollte, das nicht passiert ist. Die Umstände, das haben wir auch gehört, es fiel wirklich in diese Zeit von Corona. Was das mit Gastronomie zu tun hat, das wissen wir.

Und jetzt nehmen wir einen neuen Anlauf zu dieser Kaserne, nachdem wir das letzte Mal, ja, das ist richtig, das Geschäft vertagt haben. Gewisse hier drin nennen das Wackelpudding an die Wand nageln oder akrobatische Verrenkungen, ich würde es jetzt als eine lernende Debatte bezeichnen. Weil was wir jetzt heute mit dieser Ausgabenbewilligung haben, die Ursprungsvorlage, die wir verhandeln von diesen 3,4 Millionen für den Vollausbau und zur Vermietung dieses Restaurants West haben, ist jetzt ergänzt mit einem Änderungsantrag der BRK. Wir von der SP wollten das letzte Mal schon diese Flächenbeschränkung rheinseitig reinnehmen in diese Ausgabenbewilligung und das wurde jetzt ausgeweitet.

Zum Konkreten, weshalb dieser Änderungsantrag wirklich wichtig ist und lernende Elemente hat. Beschränkung der gastronomischen Angebote rheinseitig. Dort geht es genau darum, das wurde von vielen hier drin moniert, dort, wo es quasi diese nicht so attraktive Situation gibt, ist auf der anderen Seite. Das heisst, wenn man einen Cap hat auf den Rhein, was passiert dann? Die gastronomischen Nutzungen, und das ist dann auch ein Auftrag an das kHaus bzw. diese Gelateria, die können dann nach oben rücken. Auch der Walther hat ja da auch eigentlich schon Aussensitzplätze. Und wenn die Allmendbehörde einfach schon viel zu viel bewilligt hat, dann ist das jetzt eine politische Leitlinie, wie wir das zukünftig handhaben möchten. Also gerade diese 425 m² sind für diese Belebung wichtig. Sie sind auch wichtig, und das hat Kollegin Zürcher angesprochen, dass die jetzt freien Nutzungen, wie ich sie bezeichne, nicht vollständig verdrängt werden. Und da, je nachdem, wie man das ausmisst, mit Durchwegung, hätten wir einen Viertel gastronomische Nutzung, der Rest wäre frei bzw. natürlich auch der Eingang in diese Plaza, die dann auch diese Verbindung schafft, wäre also gegeben.

Ein wichtiger Einwand wurde aufgenommen, Neuaußschreibung unter Massgabe der tatsächlichen Kosten. Und das führt mich zum Geld und ich glaube, das ist schon noch wichtig. Wie wir jetzt gehört haben, diese ursprünglichen 44 Millionen, die wurden, und das finde ich super, nicht vollständig ausgeschöpft. Das heisst, dort gibt es rund 2 Millionen, das ist ein altes Geschäft, deshalb kann man die jetzt hier nicht gebrauchen, aber die jetzt hier so ein Exempel statuieren wollen und sagen, ja, okay, das ist die Chance, dass man einfach dieses gesamte Konzept, vor allem von dieser finanziellen Seite her angreifen kann. Das, glaube ich, ist wirklich ein bisschen zu weit gegriffen.

Und gerade noch, wenn man sagt, es wird hier nicht irgendein privates Unternehmen mit staatlichen Geldern subventioniert, sondern es wird diese Herausforderung ernst genommen, dass der Mieterinnenausbau dazu führt, dass dann auch diese gastronomische Nutzung möglich wird, dass man das jetzt vorfinanziert von unserer Seite, von der staatlichen Seite. Und das wurde ausgeführt, wie setzen sich dann diese Mieten zusammen. Man hat quasi die Grundmiete und man hat dann diese Umsatzbeteiligungen und man hat auch, das wurde meiner Meinung nach jetzt klar ausgeführt und das ist auch ein Element dieser lernenden Debatte, dass man die effektiven quasi Investitionen, die dazu kommen, dass man die amortisiert. Und da sehe ich jetzt wirklich nicht dieses finanzielle Himmelfahrtskommando oder was auch immer, sondern ich finde, hier haben wir relativ schnell die Umsetzung des ursprünglichen Gedankens, was wir mit dieser Kaserne machen wollen und wo auch quasi mitgetragen wurde von der Bevölkerung und auch da jetzt wirklich dieser Leerstand behoben werden sollte.

In diesem Sinne hoffe ich wirklich, dass wir heute einen Schritt gehen können und eben diesen Wackelpudding wirklich stabilisieren, dass diese Kaserne in der Idee endlich vollständig zum Tragen kommt. Und deshalb bitte ich Sie, dem Änderungsantrag der BRK zuzustimmen und mit diesen wichtigen Änderungen, das möchte ich betonen, dieses Geschäft zu verabschieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Luca Urgese an? Sie wird angenommen.



Luca Urgese (FDP): Ivo Balmer, glauben Sie ernsthaft daran, dass wenn wir diese Fläche begrenzen, die Menschen dann in den Innenhof sitzen werden, in den Schatten, statt sich vorne, das, was sie eigentlich wollen, am Wasser, an der Sonne, irgendwo einen anderen Platz vor einer anderen Buvette suchen? Glauben Sie da wirklich daran?

Ivo Balmer (SP): Ich glaube wirklich daran, dass, wenn es gastronomische Nutzungen gibt, die dann sich oben ansiedeln müssen, weil unten der Cap bei 425 m² da ist und wenn das Angebot dort stimmt, da bin ich einmal ein Liberaler, dann wird die Nachfrage auch im Kasernenhof stattfinden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher als Einzelsprecher ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Wenn wir etwas nicht brauchen am Rhein, ist es ein Angebot an überteuerterem Bier. Den Satz hatte ich vorher schon mal gehört. Selten, nein, nie war ich so einig mit Tonja Zürcher. Und das zum letzten Mal, wo ich hier vorne stehe, im Gegensatz zu einem heute nicht anwesenden Alt- und bald wieder Grossrat, meine ich das dann auch so. Nicht einig bin ich für einmal mit Joël Thüring. Das Vorgehen der BRK ist nicht unzuverlässig oder unseriös, sondern es ist eigentlich, und dafür ist der BRK und ihrem Präsidenten ein Dank auszusprechen, dieses Bemühen, alles zu unternehmen, was eine völlig verkorkste Situation noch irgendwie retten könnte. Und es tut mir natürlich vor allem für meinen Fraktionskollegen Michael Hug leid, dass ich seine immensen Bemühungen hier nicht honorieren kann und den Antrag der BRK mit einem Teil der LDP restlos ablehne. Insofern kann ich Kollege Thüring wieder beruhigen, im Fazit bin ich durchaus mit ihm einig.

Wir haben in der Fraktionssitzung vorgestern lange diskutiert, was die am wenigsten schlechte Lösung ist, diejenige, die die BRK vorschlägt, oder dass halt zumindest vorläufig nichts geschieht. Wir waren damals noch der Meinung, lieber nicht, mittlerweile hat Frau Regierungsrätin Soland ein paar Zahlen nachgeliefert und ein paar Zusicherungen gemacht, die ein Teil meiner Kolleginnen und Kollegen dazu bewogen hat, die Meinung zu ändern. Nun, es ist nicht das erste Mal, aber wie gesagt, das letzte Mal, dass ich mich in einer Minderheit befindet. Ich finde weiterhin, es ist keine gute Idee. Wenn jetzt nichts kommt oder respektive dann eine Kita mit Blick auf den Rhein kommt oder ein weiteres Quartierzentrum, all das kostet dann auch Geld, aber das, was wir hier beschliessen wollen, kostet wirklich auch viel Geld und es ist halt wirklich eine deutlich schlechtere Lösung. Insofern stimme ich mit denen überein, die sagen, bitte zurück an den Regierungsrat, so was bitte nicht.

Nun sollen also die Investitionen mit der Miete teilweise zumindest amortisiert werden, heisst es. Und wenn nicht, was eigentlich zu erwarten ist, nun, dann wird es eben nicht passieren, dann werden wir einen Nachtragskredit sprechen oder eben zur Kenntnis nehmen, dass diese ganze Sache nicht rentiert. Denn bitte, in der Kaserne hat doch wirklich nie etwas rentiert, das ist immer ein Grab gewesen für gutes Geld, das bereits vorhandenem oder verlorenem Geld hinterhergeschmissen wird.

Dazu ist das hier vorgeschlagene Vorgehen im höchsten Masse unfair. Bisher sollte eine Pächterin in den Genuss kommen, eine vollständig ausgerüstete Gaststätte übernehmen zu dürfen. Nun immerhin hat man da eine neue Ausschreibung gemacht, trotzdem bleibt es dabei, die bestehenden Konkurrenten, Ufer 7 oder Riviera, die mussten sich selber durchkämpfen. Die mussten selber dafür schauen, dass sie eine voll ausgerüstete Gaststätte haben, mussten das selbst finanzieren oder sie mussten es dem vorigen Pächter, der vorigen Pächterin abkaufen. So läuft das nämlich im Gastgewerbe, nachher sprechen noch Kollege Ebi, der hat da mehr Erfahrung, der wird es dann wahrscheinlich sagen. Nun soll es also neu ausgeschrieben werden und es wird nur neu ausgeschrieben über, wenn dann dass staatliche Manna stattdessen ausgeschüttet wird, das, finde ich, macht es nicht besser.

Dies erklärt die grundsätzliche Opposition meiner Person, eines Teils der LDP, zum vorliegenden Beschlussantrag. Über die Belegung der Aussenfläche habe ich jetzt noch gar nicht gesprochen. Eine Aussenfläche, bei der immer versprochen wurde, dass sie eben nicht kommerziell genutzt werden soll, dass es auch noch eine Ecke geben soll an dieser Kaserne, wo man einfach sein kann, wo man zum Beispiel den Boule-Spielern zuschauen kann oder eben selber Boule spielen kann. Für diese Boule-Spieler sei nun gesorgt, wird gesagt, nun ein klassisches Zitat zum Schluss: Die Nachricht höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Die faktischen Umstände, die schon heute bestehen, dass nämlich die bestehenden Aussenwirtschaften immer mehr sich expandieren, immer mehr ausbreiten und schon heute es etwas schwierig wird, daran vorbeizukommen, wird sich das auch später auswirken, es wird dann also schlussendlich die Boule-Spieler verdrängen.

Ja, es stimmt, die vorliegende Vorlage ist das Produkt einer völlig verkorksten Planung. Da können wir nichts mehr ändern, aber wir können verhindern, dass noch verkorkstere Beschlüsse jetzt dazu kommen. Deshalb sage ich, deshalb sagt ein Teil der LDP, nein zu diesem Bericht.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Wir sind in Kleinbasel, wir sind dort, wo der Bär tanzt, wie man so schön sagt. Und wenn schöne Tage sind, wie wir schon gehört haben, dann ist wirklich dort der Bär los. Das finden wir alle super, das finden aber nicht nur die super, die von Beiz zu Beiz torkeln, sondern das finden natürlich auch alle anderen super. Das finden die Kinder super, man kann am Rhein unten sitzen, ein paar grillieren dort unten, ein paar tanzen zu Musik, zu südamerikanischer Musik, zu Handörgeli, dort unten passiert wirklich viel in diesem Bereich zwischen Wettsteinbrücke und Mittleren Brücke weiter runter bis zur Johanniterbrücke.

Wir wollen jetzt nochmal die Kaserne umgestalten. Wir wollen sie nochmal verbessern, wir wollen nochmal eine Beiz hineinsetzen. Das ist ja grundsätzlich nicht einfach falsch, es gibt ja schon viele, wir haben zwar schon hunderttausend Buvetten, aber die laufen im Sommer, auch da wieder, sie laufen im Sommer. Wir haben auf der Kaserne oben ein wunderbares Türmchen, das auch schon schön vermietet ist mit einer wunderbaren Bar, mit einer Bar darunter. Also an dieser Kaserne, dem ganzen Rhein entlang, an diesen Buvetten, das ist ein wunderschöner mediterraner Ort, den wir hier in Basel haben.

Und jetzt kommen 3,5 Millionen, mit denen man einen Teil von dem ganzen Bereich zwischen Wettsteinbrücke und Johanniterbrücke subventionieren will. Man will jemandem, der dann diesen Zuschlag bekommt, im Gegensatz zu den anderen, die das alles selber zahlen mussten, 3,5 Millionen Unterstützung geben, damit sie ein ausgezeichnetes, ausgebautes Restaurant auf die Beine stellen können. Vielleicht brauchen sie diese Küche gar nicht, vielleicht brauchen sie den ganzen Abzug dort drinnen gar nicht und trotzdem wird das einmal gemacht. Vielleicht kommt der neue Mieter, weil das doch nicht rentiert und sagt, ich brauche das gar nicht, dann haben wir das Geld wieder hinausgeworfen. Aber zahlen soll man es, amortisieren soll man, 3,5 Millionen amortisieren. Meine Damen und Herren, 3,5 Millionen amortisieren, in was? In einem Jahr, in zwei Jahren, in zehn oder in 100 Jahren in eine Beiz, wo es schon hundert andere Beizen rundherum hat. Also ich drücke da die Daumen, das wäre also grosse Klasse. Wenn das so wäre, bewerbe ich mich also auch, wenn man mit dieser Beiz in fünf Jahren 3,5 Millionen amortisieren kann, dann wäre ich nach zehn Jahren Multimillionär, das wäre grosse Klasse.

Es wird jetzt abgeschwächt. Man sagt jetzt, nein, nicht mehr, 2 Millionen können wir sonst irgendwo verstecken, es geht nur um 1,2 oder 1,4 Millionen, die man amortisieren muss. Und ja, vielleicht kommen wir dann doch wieder entgegen, weil es dann halt doch nicht geht, jetzt haben wir A gesagt, jetzt müssen wir auch B sagen und dem noch einmal eine Chance geben. Ich höre es jetzt schon, das kommt wieder zurück hier in den Rat und wir werden kein bisschen schlauer sein, sondern genau am gleichen Ort stehen wie jetzt.

Das ist das eine und das zweite ist, ich finde es unglaublich ungerecht, wenn man jemandem die Möglichkeit gibt, wer auch immer das ist, eine so wunderbare Lage, ein so wunderbares Restaurant voll neu ausgebaut nach den eigenen Wünschen zu einem ultraattraktiven Zins zur Verfügung zu stellen. Das ist ungerecht. Das ist nicht für mich freiheitliches, kapitalistisches LDP-Denken und darum kann ich das echt nicht unterstützen. So toll ich Michael Hug finde und alles schätze, was in dieser LDP passiert, es ist ja die geilste Partei.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Ebi, nehmen Sie die Zwischenfrage von René Brigger an? Sie wird angenommen.

René Brigger (SP): Alex Ebi, die neue Ausschreibung wird ja dann durchaus marktgerecht sein. Der Zins ist eine Höhe, was wird ausgebaut, etc. Sie können sich auch bewerben. Das ist schon die Chance, ein sauberes Verfahren sauber wieder aufzugleisen, fair.

Alex Ebi (LDP): Also ich glaube, die Boule-Spieler haben zu wenig Platz.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Das sei eine lernende Debatte, diese Floskel habe ich heute zum ersten Mal gehört. Mein erstes Learning ist, ein rechter Teil von Ihnen weigert sich, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Wir sind vor einem failed Project und ich glaube, Herr Ebi hat das sehr drastisch geschildert und andere auch, also es ist mir völlig unverständlich, aber das haben schon viele angeführt.



Dann wurde als grosses Argument für diesen genialen neuen Vorschlag noch gesagt, der Präsident oder die Präsidentin und Vizepräsident, Vizepräsidentin der BRK dürfen dann in die Jury gehen. Ja, was ich gelernt habe, Sie treten die Gewaltenteilung mit Füssen. Das ist eine Vermischung, das ist ja toll eingefädelt von der Finanzdirektorin. Dann sind beide Ratshälften eingebunden in diese Vergabe, eine exekutive Vergabe, die Bisshemmungen dann in der parlamentarischen Kontrolle sind vorprogrammiert. Das verstösst gegen alle Public Corporate Governance-Vorgaben. Wir haben uns selber aus allen möglichen Kommissionen, jetzt zuletzt auch aus der Museumskommission entfernt und das wurde von der Regierung vorangetrieben und jetzt wollen Sie da das Wohlwollen des Parlamentes, sich sichern oder eben den mangelnden Zugriff der Kontrolle, indem Sie die Spitzen einer Kommission in eine Jury nehmen. Da habe ich wirklich gestaunt und wenn das eine lernende Debatte ist und das Beispiel ist, wie dass dieses Geschäft behandelt wird, dann sehen wir, über was wir dann sprechen in ein paar Jahren.

Ich glaube, die Rückweisung ist das einzige richtige.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Regierungsräatin Tanja Soland nochmals das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Vielen Dank für diese ausführlichen und offenen Voten. Vielleicht hinten angefangen, David Jenny, also ich meine, Sie sind jetzt schon bereit mit der Beratung dieses Geschäfts und mit den Wünschen, die an uns gestellt werden, teilweise ein wenig in unseren Bereichen hinübergerutscht. Das erleben wir immer wieder, dass auch der Grosse Rat gerne etwas exekutiv tätig ist und ich glaube, diese Grenzen haben sich schon lange etwas verwischt und das Geschäft kommt ja nachher nicht nochmal in Grossen Rat. Es ist auch keine formelle Kommission, wir fallen nicht unter das Beschaffungsgesetz. Theoretisch könnte das wahrscheinlich auch ich alleine entscheiden.

Wir machen häufig bei Immobilien Basel-Stadt, dass wir ein Team machen, das zusammen anschaut, welches Konzept ist gut, die Richtlinien werden ja vorher festgesetzt, da gibt es ja nicht mehr viel zu drehen. Aber die Schwierigkeit ist häufig die Transparenz und anscheinend interessiert dieses Kasernengebäude, was dort genau passiert, wirklich en détail. Also wenn Sie der Debatte zugehört haben, ich habe das, en détail interessiert alles, wo, wie, was, wer stuhlt wohin, wer hört wo Musik, am liebsten möchten Sie regeln, wo darf man den Stuhl stellen und den Stuhl vom Walther darf man aber nicht drei Meter weiter stellen. Gut, das finde ich auch schwierig, muss ich sagen.

Und was ich sehr schwierig finde, zu sagen, dass unser Rheinboard kommerzialisiert sei und dass man dort nirgends mehr hinsitzen könne und Musik hören. Da kenne ich ganz andere, viele Anwohner, die sagen, überall kann man einfach hinsitzen und Musik hören, das stört. Also ich glaube, das Rheinbord ist nicht überkommerzialisiert. Da können Sie mal schauen gehen im Sommer, also liebe Tonja Zürcher, das sollten Sie auch wissen, da können Sie wirklich hinsitzen, grillieren, da können Sie Musik hören, bis dass die Kollegen der Polizei, bis Herr Hochuli vorbeikommt und sagt, so jetzt ist Sendepause, ich warne Sie einmal und nachher gibt es die Busse. Also, ich glaube, es macht wirklich Sinn, hier doch auch bei den Fakten zu bleiben. Sie haben Platz am Rheinbord und dieser enge Platz vor der Kaserne ist ja nicht der einzige mit Blick auf den Rhein. Und es ist klar, dass wir nicht die Boule-Spieler verjagen wollen und verdrängen wollen, das will niemand und, um das auch noch zu sagen, im Ratschlag steht nirgends etwas von 300 m², wie Tonja Zürcher gesagt hat, das ist falsch. Es hat sich nicht geändert, es war dort gar noch nicht dargestellt, wie viel es überhaupt gibt und die Allmendbehörde bewilligt das, wie viel Aussenraum Sie erhalten und diese Bewilligungen werden auch immer wieder erneuert. Da wird man Rücksicht nehmen, selbstverständlich.

Und dann, ob das Projekt falsch war oder ob man etwas falsch geplant hat, ich bin nicht Historikerin, ich bin Regierungsräatin und mein Job ist es, zu schauen, was sind die Materialien, was steht im Ratschlag, über was hat das Volk abgestimmt und was ist der Sinn und Zweck, was wollte man. Und ja, man wollte das Restaurant, man wollte diese Nutzung, man wollte auch Mieteinnahmen generieren. Man hat es als etwas positives gesehen, ein Restaurant, heute höre ich jetzt wieder, das sei nicht positiv, das Bier ist zu teuer. Gut, also Sie können in der Kaserne im Hauptbau mittendrin Ihr Bier aus dem Aldi, Lidl, Denner, wo auch immer, konsumieren und die anderen, die wollen, könnten dann ins Restaurant gehen. Ob es zu teuer ist, also ich glaube, die Marge in der Gastronomie ist nicht so hoch, das kann Ihnen dann vielleicht Franz-Xaver Leonhardt erklären, ob man wirklich so reich wird mit einem Restaurant. Soweit ich weiß, ist das nicht so, die Margen sind sehr klein und ich glaube nicht, dass das Bier da unfair zu teuer ist.

Wir haben uns an den Sinn und Zweck gehalten und es war eine schwierige Aufgabe. Ich habe das übernommen aus einem anderen Departement, bereits einen Versuch gemacht, hat mit der Ausschreibung nicht funktioniert, jetzt haben wir es anders gemacht und ich finde es in Ordnung, wenn wir heute jetzt nochmal einen anderen Weg gehen. Und ich spüre, ich weiß nicht genau, ob ich spüre, ob alle jetzt eifersüchtig sind, wenn ich den BRK-Präsidenten und Vize einlade in die Jury. Ich finde, es ist ein guter Vorschlag, Transparenz herzustellen, wo ich es nicht besser machen kann. Mir ist Transparenz wichtig, ich kann es aber nicht anders machen. Ich kann Ihnen nicht die Protokolle schreiben lassen in der Jury und die dann überall verteilen. Daher ist das ein Angebot, das muss man ja auch nicht annehmen.



Und subventionieren tun wir nicht. Wir bauen auch bei anderen Gastronomen manchmal in den Gebäuden etwas mehr aus, das ist üblich. Die Frage ist nur, bis woher man ausbaut, wie viel Miete man verlangen kann. Da muss man auch immer schauen, wo ist eine Gastronomie. Also IBS ist sich das gewohnt, ist da immer nah am Markt und es ist unterschiedlich. Aber jetzt haben wir eigentlich nicht vor, eine Subvention zu geben, das machen wir nicht, aber der Bau, wie das schon gesagt wurde, es ist ein vollkommener Rohbau, da können Sie niemanden hineinlassen und wenn der Wunsch ist, ein Restaurant zu machen, muss man etwas investieren.

Ich bitte Sie sehr, heute das nicht zurückzuweisen und wenn Sie den Vorschlag der BRK gutheissen, werden wir dies auch so ausführen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Frau Soland, nehmen Sie die Zwischenfrage von Tonja Zürcher an? Sie wird angenommen.

Tonja Zürcher (GAB): Wenn Sie mir schon hier vorwerfen, dass ich Falschaussagen mache, ich aber nicht gesagt, dass Quadratmeter im Ratschlag gestanden sind, aber haben Sie die Pläne gesehen, die im Ratschlag drin waren zum kHaus-Ausbau? Das sind auf der Ebene Rhein ganz klar Tische drauf. Haben Sie ausgemessen, wie viele Quadratmeter die ausmachen und falls ja, was ist Ihre Zahl, wo Sie draufkommen?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Das waren, glaube ich, drei Fragen. Nein, das war eine Illustration, das habe ich nicht nachgemessen, aber die Fläche, die gebraucht wird für die Gastronomie, ist die gleiche wie heute.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Kommissionspräsidenten, Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Vielen Dank für diese angeregte und interessante Diskussion. Ich glaube, wenn man das alles zusammenbricht, muss man sich einfach selbst als Parlamentarier, als Parlamentarierin die Frage stellen, will man hier ein Restaurant oder will man es nicht. Das Konzept, das vorliegt, sieht ein Restaurationsbetrieb an dieser Stelle vor. Die Bau- und Raumplanungskommission stellte sich diese Frage, ob man das Konzept quasi abschliessen möchte mit dem Bau eines Restaurants oder mit der Möglichkeit, dass man ein Restaurant dort baut, oder ob man das nicht möchte, und die Kommission kann zum Schluss, man möchte das, zähneknirschend mit viel Kritik an dem ganzen Prozess, von der Ausschreibung bis zu den Modalitäten.

Dann möchte ich kurz ein paar Bemerkungen machen. Nennen Sie es, wie Sie möchten. Ein Pudding an die Wand nageln oder auch eine Zirkusveranstaltung, werte Kollegen Thüring und Urgese. Aber die Arbeit der Kommission, wie es auch Kollege André Auderset schon gesagt hat, möchte ich nicht in diesem Sinne kritisiert wissen, dass wir unseriös gearbeitet haben. Es ist nämlich so, dass die Änderungsanträge, die Sie heute lesen, im Dezember schon auf dem Tisch gelegen sind und wir mussten und wollten nicht diese durch das Parlament direkt zur Abstimmung bringen, weil eine Neuaußschreibung rechtlich geprüft werden musste. Darum haben wir uns diese Zeit genommen und das ist doch seriös, dass wir das geprüft haben. Ansonsten haben wir auch nichts Wesentliches geändert an den Änderungsanträgen. Wir haben sie geprüft und wir haben sogar in einer ordentlichen BRK-Sitzung das Thema nochmal aufgerollt und gemeinsam geschaut, ob wir einen Änderungsantrag finden, der eine Mehrheit findet, im Interesse, dass wir nicht rückweisen müssen, dass wir nicht wieder Zeit verlieren, dass die Verwaltung nicht nochmal sich darüber beugen muss und nochmals Steuergelder in diese Hand genommen werden und Zeit in der Verwaltung, weil wir wissen, das Resultat wird nichts Bahnbrechendes zu Tage fördern. Entweder es gibt ein Restaurant und wenn Sie es heute zurückweisen oder ablehnen, dann gibt es halt etwas anderes, da bin ich überzeugt.

Wenn Sie ein Restaurant wollen, dann können Sie heute unter der Bedingung des Änderungsantrags der BRK gut zustimmen, weil wir haben viele wichtige Punkte adressiert, die Sie bemängelt haben. Zum einen die Außenflächen, die wir reduziert haben, zum anderen die Marktkonformität oder die wettbewerbsverzehrenden Elemente, sie wurden minimiert und wir haben eine Neuaußschreibung. Das heisst, eigentlich kann sich niemand beklagen, der ein Restaurant an dieser Stelle will.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung hingegen wurde beantragt von Luca Urgese, und zwar Rückweisung an den Regierungsrat. Wir stimmen darüber ab.



Abstimmung

JA heisst Zurückweisung an den Regierungsrat, NEIN heisst keine Zurückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

35 Ja, 52 Nein, 9 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005499, 15.01.25 17:58:29]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wird nicht zurückgewiesen mit 52 Nein-Stimmen gegen 35 Ja-Stimmen bei 9 Enthaltungen.

Damit fahren wir fort mit der Detailberatung des Grossratsbeschlusses gemäss Tischvorlage.

Titel und Ingress

Hier haben wir einen Antrag des GAB. Die BRK hat einen geänderten Beschluss vorgelegt, der Ihnen aufgelegt wurde. Die Fraktion GAB hat dazu ihren Änderungsantrag eingereicht, der Ihnen ebenso vorliegt.

Wir eröffnen die Debatte. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zur BRK, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag des GAB

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 31 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005501, 15.01.25 17:59:48]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der BRK zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Version BRK obsiegt mit 64 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen.

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

fehlerhafte Abstimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ein weiterer Versuch.

Schlussabstimmung

fehlerhafte Abstimmung.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es wäre jetzt zu schön gewesen, vor 6 Uhr die Abstimmung noch zu machen. Ich mache einen weiteren Versuch für die Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

54 Ja, 30 Nein, 12 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005507, 15.01.25 18:01:15]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Projektierung und Realisierung für den Vollausbau des Restaurants Kaserne, Kasernenhof 6, 4058 Basel werden Ausgaben in Höhe von Fr. 3'425'000 zulasten der Investitionsrechnung (Investitionsbereich Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Teil Bildung) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben 54 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen bei 12 Enthaltungen. Das Geschäft ist erledigt.

Schluss der 48. Sitzung

18:01 Uhr